

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

257 (4.11.1932)

Volkstfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE TELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeit kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
anfragen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeter-
zeit 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtbezahlung des
Betrags im Voraus, bei gerichtlicher Betreibung und bei Kontour außer Kraft tritt. Geschäfts-
zeiten (Verkauf) 10. Karlsruher Str. 2. o. Schloß der Arbeiter-Vereinigung 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, wöchentlich 38 Pf. Trägerlohn o. ohne Zulage
1,80 Mark o. durch die Post 2,36 Mark o. Staatspostamt 10 Pfennig o. Er-
scheinungsmitteln 11 Uhr o. Postfachamt 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
Verkauf: Karlsruhe 1. D. Marktplatz 28 o. Central 1020/1021 o. Volkshaus-Bücherei
Dresden, Hauptstr. 9. D. -Hafen, Taschenstr. 12. Kellerei, Roststr. 2. Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 257

Karlsruhe, Freitag, den 4. November 1932

52. Jahrgang

Der Kampf um Preussen

Politische Bankrottwirtschaft der Barone

Der Konflikt zwischen den Papenbaronen und der Regie-
rung Braun ist sich zusehends zu. Die Papenbarone wollen
es so. Ehe die preussische Regierung weitere Schritte gegen
die Barone unternimmt, hat sie sich zunächst noch einmal
in einem Brief an den Reichspräsidenten gemeldet.
Neben dem Inhalt dieses Briefes machte der preussische Mini-
sterpräsident Otto Braun am Donnerstag vor Pressevertre-
tern folgende Mitteilung:

„Ich werde in dem Brief offen darlegen, wie sich die Sachlage
nach der Unterredung dargestellt hat, daß eine lokale Durchfüh-
rung des Urteils von der Reichsregierung nicht stattgefunden hat,
daß sie vielmehr mit den feindlichsten Mitteln äußerster Wider-
stand entgegensteht. Ich werde weiter darauf hinweisen, daß der
Reichspräsident berufen ist, das Urteil auszuführen und daß ich
hoffe, daß er dafür sorgen werde, daß der Reichskommissar für
Preußen sich in den Grenzen hält, die ihm im Urteil vorgeschrie-
ben sind, und daß die preussische Staatsregierung wieder in das
Amt eingesetzt werde, schließlich daß wir es bedauern würden, wenn
wir nochmals erzwungen wären, wegen des Widerstands der
Reichsregierung den Staatsgerichtshof in Anspruch zu nehmen.“

Im übrigen betonte Otto Braun vor den Pressevertretern
nochmals, daß das preussische Kabinett sich auf den Boden
des Leipziger Urteils stellt. Er fuhr dann fort:

„Ich habe dem Reichspräsidenten nahegelegt, auf die Reichs-
regierung einzumirken, daß sie das Urteil loyal auslegt und aus-
führt. Ich habe es dabei als selbstverständlich erachtet, daß die
preussischen Minister in ihre Ämter wieder eingesetzt werden und
daß über die Abgrenzung der Zuständigkeiten eine Verständigung
zustande kommen müsse. Der Reichspräsident hat mir darin zugestimmt.
Es ist bisher leider nicht gelungen! Das liegt nicht an der preussi-
schen Regierung. Ich habe schon beim Reichspräsidenten, auf
Vorschlagsmeldungen hin, wonach beabsichtigt sei, die ministeriellen
Zuständigkeiten in Preußen anders zu regeln und das Volkswirtschafts-
ministerium aufzulösen, darauf hingewiesen, daß es nicht anginge,
wenn ich auch nicht anerkennen könne, daß es zur Wiederherstellung
von Ruhe und Ordnung nötig sei, die Zuständigkeiten zu ändern,
ohne die Zustimmung des Staatsministeriums und des Landtags.
Bei der Vorgehensweise hat der Reichspräsident nicht ein Wort davon
gesagt, daß diese Maßnahmen bereits beschlossen seien, daß das
Verständnis darüber bereits besteht, daß das gedruckte Gesetz
bereits vorliegt. Zudem war es unverständlich: Das Staatsmini-
sterium, Staatsministerium ist schließlich die alte preussische Staats-
regierung. Niemand hat das Recht, sich außerhalb so zu nennen.
Man kann über dieses Verhalten denken wie man will, aber eine
Schlichtung zur Verständigung und losen Zusammenarbeit kann man
aus diesem Verhalten des Reichskommissars nicht erwarten.“

Man werden weiter Schwierigkeiten gemacht wegen der Ein-
setzung des Staatsministeriums in das Amt. Die Reichsregierung
hat darüber in der Presse einiges verstreut lassen. Die „ADZ“
versteht eine Note „Braun wird angezweifelt“, in der offiziell erklärt
wird, daß die Stellungnahme des preussischen Staatsministeriums
unverständlich sei, wenn bekannt wird, daß die Pflicht besteht, das
preussische Staatsministerium wieder in seine Ämter einzusetzen.
Am 20. Juli wurden die Staatsminister ihres Amtes enthoben.
Der Reichspräsident erklärte: „Die Reichsregierung
hat nicht das Recht, die Minister ihres Amtes zu entsetzen.“ Was
sich daraus für den gesunden Menschenverstand? Es ist nicht
möglich, daß der Staatsgerichtshof uns einige Befugnisse zuerkannt
hat, vielmehr hat er uns zuerkannt, daß wir rechtmäßig in unserm
Amt sitzen. Nicht uns sind Befugnisse übertragen, sondern dem
Reichskommissar einige Befugnisse der Reichsregierung. Es wird
versucht, die Angelegenheit zu bagatelisieren durch die Ver-
weigerung, die Sache schrittweise auf den Streit um die Räume zu
beschränken. Zum Amt gehört das Amtsgebäude, der Beamtenapparat
ist alles, was zur Amtsausübung nötig ist. Es muß also der
Zustand hergestellt werden, der am 20. Juli rechtsmässig befreit
wurde ist. Das Staatsministerium hat dem Reichskommissar
keine zur Verfügung zu stellen, nicht umgekehrt.

Man hat durchblicken lassen, Braun und Seevering könnten nach
dem Volkswirtschaftsministerium ziehen. Es ging nicht an, daß wir
widerum in die Wilhelmstraße einzöhen. Manche Leute haben
die Vermutung, wenn ich wieder in die Wilhelmstraße einzöhen
würde, würde das Mächtigkeiten zu Demonstrationen geben. Sie
sagen, daß ich mit einer Reichsbannergruppe, mit Musik und
Fahnen wieder in die Wilhelmstraße einzöhen würde. Sie sehen,
welche Vorwürfe dazu herbeigeführt werden, um das nach dem Urteil
Geschehene zu verhindern!

Wo wenn ich in die Wilhelmstraße einzöhe, wird die öffent-
liche Ruhe und Ordnung gefährdet! Der Reichskommissar in Preußen
es nicht fertig bringen, dabei innerhalb der Grenzen die
öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und weil er dazu
unfähig ist, muß er die gesamte Befugnis der preussischen Staats-
regierung haben. Er habe in der Westpreußen beim Reichsprä-
sidenten befragt, warum der Reichskommissar denn alle Befugnisse
des Staatskommissars haben müsse. Ich müßte doch annehmen, daß
in den drei Monaten die Wiederherstellung der Ruhe und Ord-
nung geschehen sei. Papen hat dazu erklärt, ihm scheine sie noch
nicht gefastet als vor drei Monaten. Das ist das Ergebnis einer
beunruhigenden Tätigkeit des Reichskanzlers! Ich habe das beim
Reichspräsidenten mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht.

Man man jetzt erklärt, man könne Ruhe und Ordnung nicht
aufrechtzuerhalten, so ist das eine Anklage. Jedenfalls liegen die
Beweise, so daß die Staatsminister nicht in ihre Ämter eingesetzt
werden sind, daß sie nicht die Mächtigkeiten haben, die ihnen un-
terstellt sind, wofür die Funktionen insbesondere auszuführen. Dazu
gehört Ruhe, der direkte Verkehr mit den Beamten, die direkte
Aufsichtnahme in die Ämter. Man hat uns jetzt durchblicken lassen,
daß man die Mächtigkeiten nicht verhindern würde. Aber

wir müßten sie immer bei dem uns unterstellten Staatssekretär
einfordern. Besonders bei dringlichen Vorlagen zum Reichsrai
wird dadurch die Ausübung unserer Befugnisse unmöglich gemacht.

Wer derartige Schwierigkeiten macht, von dem kann man nicht
annehmen, daß er gewillt ist, loyal das Urteil auszuführen. Es
wird bei mir der Verdacht erweckt, daß man versucht, uns die
Ausübung unserer Befugnisse unmöglich zu machen. So kann man
mit einem Urteil nicht umpringen. Man redet jetzt viel vom
Autoritätsstandpunkt. Einen größeren Vordienst konnte man dem
Autoritätsstandpunkt nicht erweisen, als daß man in dieser Weise
mit dem Recht umspringt, wenn man es so ausführt. Wie will
man Beachtung von Gesetz und Recht von den Staatsbürgern
verlangen, wenn man selbst in dieser Weise mit dem Recht um-
springt? Wie mir die ganze Raunungsgeichte sumider war, habe ich

Nach dem 6. November

Pläne des Zentrums - Brüning kommentiert Kaas

In seiner Rede in Münster hat der Zentrumsführer Prä-
lat Dr. Kaas als notwendige und zwingende Politik nach
den Wahlen die Bildung einer „Not- und Mehrheitsgemein-
schaft“ propagiert und er hat dabei davon gesprochen, es möch-
ten „drei, vier oder fünf politische Führer“
der verschiedenen Lager „zusammentreten“,
um eine aktionsfähige Mehrheit zu bilden. Das Zentrum
wird demnach sofort nach den Wahlen die bereits begonnenen
Versuche wieder aufnehmen, unter Einfluß der National-
sozialisten und der Deutschnationalen eine Mehrheits-
und Regierungsbildung herbeizuführen. In der „Reinisch-Mat-
tischen Zeitung“ gibt nun der frühere Kanzler Dr. Brü-
ning eine nähere Auslegung der Kaas'schen Worte, die wir
auszugsweise zur Information unserer Leser wiedergeben.
Brüning erklärt:

Sollten nicht schon die ersten Anstrengungen scheitern, so muß das
Ziel von vornherein von der Erkenntnis bestimmt sein, daß eine
neutrale Not- und Mehrheitsgemeinschaft zunächst
nicht für alle Gebiete des staatlichen Lebens ausschließ-
lich zu verwirklichen ist. Es müßte das in unserer Lage vor-
dringlich notwendig sehr stark von dem minder Notwendigen
zu scheiden müssen. Aber es ist doch heute wohl so, daß in allen
Schichten des Volkes eines gemeinsam empfunden wird, eines gemein-
sam als vorrangigste Aufgabe begriffen und bejaht werden
könnte: die Sorge um den „Friedhof der deutschen Wirtschaft“,
wie Prälat Kaas sagte, und positiv gemeint: der Kampf gegen
Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise. Hier ist der Anknüpfungspunkt,
von hier aus ist der Weg zu suchen.

Es wäre freilich ein verhängnisvoller Irrtum, wenn jemand
glauben wollte, daß ein — wie immer im einzelnen zu beurtei-
lendes — Wirtschaftsprogramm genügen könnte, den Kampf gegen
die Wirtschaftskrise auf großer Linie erfolgreich aufzunehmen.
Auch die höchsten Antriebe einer etwa aus der Weltwirtschaft
aufsteigenden Weltkonjunkturbelebung können nicht realisiert
werden, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, die Ge-
samtproduktion und alle Kräfte auf das Hauptziel auszurich-
ten. Das ist eine Erkenntnis, die zwar in den Handlungen der
gegenwärtigen Reichsregierung nicht sichtbar zum Ausdruck kommt,
die aber bei allen aufrichtig beherzten Freunden des Vaterlandes
in allen Kreisen des Volkes zum Durchbruch drängt. Auf dieser
Erkenntnis und im Hinblick auf die großen Schwierigkeiten unserer
Lage sieht sich unabweisbar ein sachliches Arbeitsprogramm
für die von Kaas geforderte „Not- und Mehrheitsgemein-
schaft“ aufbauen. Es müßte umfassen:

Wahnpolitik: eine Stärkung der internationalen Zu-
sammenarbeit, die — ohne Preisgabe der berechtigten nationalen
Forderungen, die Gemeinwohl des deutschen Volkes sind, aber auch
weit entfernt von kurzfristigen Konzeptionen an ein innerpolitisches
Preisgabebedürfnis — in der Abgrenzung und in sorgfältiger Ab-
messung des Zeitstrahles planmäßig darauf auszielt, den deutschen
Forderungen die Wiederherstellung des Vertrauens zu sichern und
für die kommende Weltwirtschaftskontingenz die Stärkung der Aus-
landsverhältnisse und des Zinsendienstes sowie die Ausnutzung des
internationalen Kapital- und Warenverkehrs umfänglich vorzubere-
iten.

Zunehmend: Abwehr aller Störungen, die durch serien-
weise Wahlkämpfe, durch Aufmischung der politischen Leidenschaft-
ten, durch fortschreitende Radikalisierung, durch Aufregung der
ohnehin vorhandenen Spannungen sowie durch heftige Ber-
atungsexperimente einen wirtschaftlichen Gesundungsprozess auf-
halten. Das Berathungsproblem ist ein Problem, aber es ist
nicht zu lösen, wie es mitten in der Wirtschaftskrise, mitten im
Kaltenwinter zu einer dauerhaften besiedelnden Lösung gebracht
werden könnte.

Wirtschaftspolitisch: einen klaren Plan, der sich in
gleicher Weise von unerfüllbaren Versprechungen wie von Sub-
ventionsleistungen fernhält, deren finanzielle Basis nicht ganz
sicher gestellt werden kann; dessen einzelne Teile und Etappen so
aufeinander abgestimmt sein müssen, daß nicht eine Maßnahme
die Wirkung der anderen in Frage stellt; der auf der Basis strenger
koordinierter öffentlicher Finanzen aufbaut; der endlich in seinem
Kern aus den Eigenbedingungen der Wirtschaft auf ein sorgsam
überlegtes und unmittelbar in reelle Aufträge umzusetzendes,
reproduktives Arbeitsbeschaffungsprogramm zu konzentrieren ist.
Sozialpolitisch: eine Gesamtlinie, die nicht an der Er-

dem Mann den Vorschlag machen lassen: Bleiben Sie sitzen, ich
gehe dann in mein Privatquartier in meiner Dienstwohnung in
Hause Wilhelmstraße 64. Aber das ging nicht, denn ich durfte nicht
in die Wilhelmstraße einziehen. Die Dienstwohnung steht mir zwar
zu, aber sie wird mir vorenthalten. Selbst dieser Vermittlungs-
vorschlag beweist, daß ich dadurch die Angelegenheit nicht scheitern
lassen will. Es ist eben für Herrn Bracht unausdenkbar, daß der
Minister wieder das Haus betritt.

Wir sind bis zum Letzten gegangen im Entgegenkommen, um
eine verständige Zusammenarbeit zu ermöglichen. Die Haltung auf
der anderen Seite aber hat es schwer gemacht, zu einem vernünftigen
modus vivendi zu kommen. Wir haben das Recht und auf der
anderen Seite beruft man sich auf den Willen und auf die
Macht. Man scheint dort zu glauben, daß, wer das hat, sich um
das Recht nicht mehr zu kümmern braucht. Diese Maßnahmen
enthalten sich immer mehr als Maßnahmen zur sogenannten Reichs-
reform im Sinne und Geist derer, die das Dreiklassenwahlrecht
als Vorbild für eine vernünftige Neuordnung in Deutschland an-
sehen und damit das Volk herrlichen Zeiten entgegenführen wollen.
Ich weiß nicht, ob Herr von Papen die Macht und den Willen hat,
in gottgewollter Weise das Volk herrlichen Zeiten entgegenzu-
führen!

Regierung der Korpsstudenten

Das System der Barone

Ganz wie im alten Untertanenstaat

In der „Deutschen Corpszeitung“ (Nummer 7, Oktober 1932) fin-
den wir mit Stolz aufgezählt, welche „alten Herren“ der vor-
nehmen studentischen Korps zu den von der neuen „autoritären“
Staatsführung Ernannten gehören. Wir finden da folgende
Namen:

Der Ministerialrat Dr. Landfried (Rhenania-Strasbourg) zum
Ministerialdirektor im preussischen Staatsministerium.
Der Ministerialrat Dr. Surén (Teutonia-Gießen) zum Mini-
sterialdirektor im preussischen Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor Dr. v. Venden (Palatia-Bonn) zum
Senatspräsidenten beim preussischen Oberverwaltungsgericht.
Der Oberlandesgerichtsrat Frege (Wandallae-Heidelberg) zum
Oberverwaltungsgerichtsrat.

Der Regierungspräsident a. D. Rütcher (Suevia-Tübingen)
zum Oberpräsidenten in Königsberg.
Der Vizepräsident Thon (Rhenania-Strasbourg) zum Oberprä-
sidenten in Kiel.

Der Landrat Graf Deanefeld (Saxonia-Göttingen) zum Ober-
präsidenten in Breslau.
Der Legationsrat Freytag (Suevia-Freiburg) zum Geblenden
in Pilsen.

Der Landrat Graf von Nankau (Saxonia-Göttingen) zum Polizei-
präsidenten in Kiel.
Der Oberregierungsrat Frhr. v. Nordenflicht (Saxonia-Göttingen)
zum Polizeipräsidenten in Magdeburg.

Der Regierungsrat v. Kottwitz (Saxonia-Göttingen) zum
Polizeipräsidenten in Kassel.
Der Landrat Wadenzapp (Suevia-Heidelberg) zum kommissari-
schen Polizeipräsidenten in Gleiwitz.

Der Regierungsrat Rabe v. Pappenheim (Saxonia-Borussia) zum
kommissarischen Polizeipräsidenten in Erfurt.
Der Oberregierungsrat Krehshammer (Saxonia-Göttingen) zum
Regierungsdirektor beim Polizeipräsidium Berlin.

Der Landrat Mengel (Saxonia-Borussia) wurde mit der Vertre-
tung des Vizepräsidenten beim Oberpräsidium der Provinz Bran-
denburg beauftragt.

Zur Vervollständigung sei erwähnt, daß der Reichskanzler Papen
und der Reichsinnenminister Freiherr v. Gauß selbst „alte Herren“
der Corps Saxonia-Göttingen, Borussia-Heidelberg und Saxonia-
Borussia sind.

Es ist also ganz wie in der Vorkriegszeit: neben dem konser-
vativen Parteibuch gilt nur noch das Mitgliedsbuch eines feudalen
Korps als Ausweis für Beförderungen!

Sieg der Liste 2: Sozialdemokraten!

Für sozialistische Volksherrschaft!



wählt Liste Sozialdemokraten 2

Schaffende Volksgenossen! Seid einig, handelt geschlossen, wählt nur sozialdemokratisch!

Die Reaktion ist gespalten! Kaum ist ein Jahr seit dem Hargburger Sammelverfuch der gesamten Reaktion verfloßen. Und siehe da! Die Verbündeten von Hargburg bekämpfen einander wie Todfeinde. Dabei forcieren die Deutschnationalen unter Hugenberg's Führung die Offensive. Die Nationalsozialisten unter Hitler sind offensichtlich in die Defensive gedrängt. Im Siegestrausch seiner Wahlerfolge merkte der „Führer“ der Nazis nicht, daß seine Wahlerfolge nur ein Sprungbrett für die Nachtergreifung durch die feudal-kapitalistische Reaktion waren.

Ein „Führer“, der sich so graufam-klaglich vorrechnen hat und sich so tollpatschig neben die Regierungsfähige setzt, ist eine lächerliche Figur.

Seht bemüht sich der betrogene Betrüger, seine bedrohten Stellungen zu retten, indem er eine angebliche „Vollfront“ gegen die Adelsregierung zu errichten sucht, die Arbeiterkraft gegen „die Reaktion“ aufhebt, die „sozialistische Revolution“ predigt. Da die Papen-Regierung offensichtlich zum Sammelpunkt der agrar-kapitalistischen Kräfte wurde, verfuhr Hitler, wenigstens die Arbeiter, die Mittelständler und überhaupt die kleinen Leute durch die Betonung seines angeblichen „Sozialismus“ an sich zu fesseln. Vergebens!

Schaffende Volksgenossen, laßt euch nicht irreführen!

Die Spaltung der Reaktion ist von größter Bedeutung. Sie schwächt die Schlagkraft eurer Feinde. Sie eröffnet neue Aussichten für den Kampf um die Erhaltung der Demokratie und der Sozialpolitik. Was den Volkseindern schädlich ist, das nützt dem Volke, wenn es aus der Spaltung der Reaktion die richtige Schlussfolgerung zieht.

Der gespaltenen bürgerlichen Reaktion ist die Einheitsfront der Schaffenden entgegenzusetzen!

Nicht die heuchlerische „Einheitsfront“ der kommunistischen Berufs-

palter! Nein, die Zeit ist zu ernst für demagogische Wandvoer. Die Kommunisten haben in trauriger Arbeitsgemeinschaft mit der Faschistenpartei Hitlers die Demokratie unterhöhlt, den Parlamentarismus discreditiert, den Reichstag ohnmächtig und arbeitsunfähig gemacht. Sie haben dadurch die Ausschaltung der Volksvertretung und die Einsetzung der Regierung der Barone ermöglicht. Ohne Thälmann kein Hitler, ohne Hitler kein Papen, ohne Papen keine Hungernotverordnungen!

Merke es dir, Volksgenosse: Die Kommunisten, die unter dem Befehl von Moskau stehen, wollen keine ehrliche und wirkliche Einheitsfront.

Allen die Sozialdemokratie

ist imstande, den diktatorischen Geleiten der faschistischen und der agrar-bürgerlichen Reaktion mit Einigkeit aller Kräfte sich zu widersetzen. Für die Sozialdemokratie sind Sozialismus und Demokratie unzertrennbar! Die Sozialdemokratie weiß, daß die Selbstregierung des Volkes der beste und einzige Weg der Selbstregierung der Werktätigen zum Sozialismus, zur Gemeinwirtschaft ist.

Allen unter dem Banner des demokratischen Sozialismus ist die Sammlung der proletarischen Kräfte möglich.

Allen unter der Führung der Sozialdemokratie ist die Mobilisierung der Werktätigen gegen die Regierung Papen, gegen die Hungernotverordnungen, gegen die Entziehung der Arbeiterorganisationen, gegen den Lohnabbau, gegen die Ausschaltung der Volksvertretung, gegen die kriegsgefährliche Außenpolitik möglich.

Arbeiter der Faust und der Stimmgabel! Nur ihr selbst besitzt die Kraft, das Steuer herumzumerlen! Dem Klassenkampf von oben muß der Klassenkampf von unten entgegen gestellt werden. Klasse gegen Klasse! Der Kampf am 6. November muß mit Einigkeit aller Kräfte geführt werden. Es gilt, der Spaltung der Reaktion die Einheit der Ausgebüteten entgegenzusetzen.

Gegen Papen und Hitler! Gegen die Spalter der Arbeiterklasse! Für die deutsche Sozialdemokratie!

Die reaktionäre Säge

Die Papenbarone bereiten große Dinge vor. Am Montag, also 24 Stunden nach der Wahl, sollen nicht weniger als 110 höhere preussische Beamte in den einseitigen Ruhestand versetzt oder in andere untergeordnete Referate abgehoben werden. Das gleiche Schicksal soll weiteren 200 mittleren preussischen Beamten blühen. Natürlich nicht als Strafe, sondern aus „Ersparnisgründen“. Nur ist der Haken der, daß von dem neuesten Plan der Papenbarone ausschließlich Beamte der Republik betroffen werden. Wie es heißt, ist die betreffende Verfügung bereits fertiggestellt. Ihre Veröffentlichung ist jedoch mit Rücksicht auf die Wahlen erst für Montag vorgesehen.

Man sieht, die Papenbarone gehen aufs Ganze. Hinter ihnen steht zwar nichts als der Dünkel und ihr Portemonnaie, aber sie „regieren“ nach dem Ausspruch: Je weniger Recht wir haben, desto frecher müssen wir sein. Sie reden von „Ueberparteilichkeit“ und doch können sie vor Parteilichkeit kaum geradeaus sehen. Ueberparteilich ist in ihren Augen jeder Adelige und jeder Deutschnationale. Alles andere ist „parteilich“ und muß „zerstört“ werden.

Schon wächst die Erregung des Volkes gegen die Papenregierung von Stunde zu Stunde. Es gibt kaum eine versammlungsmäßige Institution, mit der die Herrschaften nicht im Kriege lebten. Jetzt erklären sie auch noch der republikanischen Beamenschaft den Krieg. Nur weiter so, und die Herrschaften haben sich bald in ihren eigenen Schlingen gefangen. Um das Erwachen, das es dann gibt, beneiden wir sie nicht.

Blutschuld der Nazis

Duisburg. Bei einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten im Stadtteil Beed wurde der Nationalsozialist Jabszewski aus Beed durch einen Schussverletzt und der Arbeiter Steh durch einen Fausthieb schwer verletzt. Die Polizei nahm eine Anzahl Personen fest.

Duisburg. Zu den politischen Zusammenstößen, die sich am Sonntag im Stadtteil Weidrich abspielten, und bei denen ein 13jähriger Knabe erschossen wurde, veröffentlicht die Politische Polizei einen Bericht, in dem es heißt, daß nach einwandfreien Feststellungen und nach dem Geständnis von vier Mitgliedern der NSDAP, die an den Zusammenstößen beteiligt waren, diese Schusswaffen mitgeführt und daraus geschossen haben.

Düren. 3. Nov. Mittwochs nachmittags rief ein junger Nationalsozialist an dem Gewerkschaftshaus eine rote Fahne mit den drei Pfeilen ab. Er wurde daraufhin von einigen Reichsbannerleuten gestiftet. Es kam zu einem Kampf, in dessen Verlauf der Nationalsozialist eine Pistole zog und mehrere Schüsse abgab. Ein Reichsbannermann erhielt einen Unterarmverletzt, und einen Streifschuss.

Hätte Er....

Am Mittwoch abend trat Adolf Hitler im Berliner Sportpalast auf. Er sagte u. a.:

„Die Kluft zwischen dem Nationalsozialismus und den Reiterenden sei so groß, daß eine gemeinsame Arbeit nie in Frage kommen könnte. In seinen weiteren Ausführungen betonte Adolf Hitler, hätte er 1918 auch nur ein Korps unter sich gehabt, dann wäre die Revolution nicht gelungen.“

Was von Hitlers Worten zu halten ist, weiß alle Welt — nämlich nichts. Also sind auch seine Reden gegen Papen einfach Schaumbläserei. Amüsant ist aber, daß er alle Generale des „glorreichen preussischen Heeres“ als jämmerliche Stümper hinstellt, die im November 1918 elend versagt haben, während Er, der schlendrige Osterreicher, die Revolution zusammengehauen hätte, wenn Er ein Korps gehabt hätte. Wenn — dann würde Er, wie 1923 feierlich geprahlt haben,

der morgige Tag sieht mich als Sieger oder als Leiche und am „morgigen Tag“ hätte Er auch nach 1918 frühlich weitergelebt. Demagoge, Prahlhans und Komödiant!

Waschechte Hitlerleute

Hamburg, 3. Nov. (Eig. Draht.) Am Montag beginnen vor dem Sondergericht in Altona die Verhandlungen gegen 40 SA- und SS-Leute, die im Juli und August die Sprengstoffanschläge in den Dreifächern Elmshorn, Uetersen, Wittenberg, Rendsburg, Glinning und Altona ausführten.

Unter den Angeklagten befinden sich viele, die mit schweren Verbrechen belastet sind. Einer der Angeklagten ist elfmal vorbestraft, ein Dentsch sechsmal, ein Schlosser fünfmal, ein Weichensteller, ein Kraftwaagenführer und ein Gärtner je dreimal, neun Angeklagte haben je zweimal, und fünf Angeklagte je einmal Verurteilungen. Nach Interrogatorien aber ist, daß die Angeklagten von dem Rechtsanwalt Adolf Hilfers, Rechtsanwalt Dr. Frank II verteidigt werden. In der Verhandlung, die voraussichtlich mehr als eine Woche in Anspruch nehmen wird, sind 37 Zeugen und mehrere Sachverständige geladen.

Frankfurt a. M., 3. Nov. (Eig. Draht.) Der Reichsbannermann Anton Schenkel, ein Schwerkräftiger wurde in Frankfurt-Schöll auf offener Straße ohne jeden Anlaß von einer Bande von 25 Nazis angefallen. Das Gesindel fiel mit Koppeln, Schulterriemern, Stabkneben und Messern über den Wehrlosen her. Der Ueberfallene erhielt einen Stich in den Arm, ferner wurde er erheblich am Kopf verletzt und erlitt ernste innere Verletzungen.

Sittliche Erneuerung um Hitler

Des Stabschefs männliche „Freundin“

Aus Wien wird gemeldet: Der berühmte reichsdeutsche Naziführer Graf Dumoulin-Egart hat sich am Montag selbst enthüllt. Die „Arbeiterzeitung“ hatte, als Dumoulin-Egart von Hitler nach Wien geschickt wurde, behauptet, Dumoulin-Egart sei in München als der widerlichste Kerl im ganzen Braunen Hause bekannt. Er habe mit seinen leiblichen Freunden nicht nur die Tage seiner angeerkanteten Führertätigkeit, sondern auch die Nächte in Gesellschaft von männlichen Prostituierten in homöopathischen Bordellen verbracht. Er sei der Spitzchef des Braunen Saufes und werde allgemein der schmutzige Graf genannt. Es hieß weiter, dem Mann, der die Wärme liebe, sei der Münchener Boden zu heiß geworden. Er wünsche sich jetzt in Wien die richtige Temperatur. Einem Mann von solchen besonderen sexuellen Neigungen sei es notwendig, auf die Finger zu sehen. Man müsse auf ihn achtgeben und rechtzeitig vor ihm warnen.

Dumoulin-Egart hatte sich damals sehr empoert gefühlt und in sittlicher Entrüstung sofort die „Arbeiterzeitung“ verklagt. Ehe es zur Verhandlung kam, hat er am Montag, als die „Arbeiterzeitung“ erklärte, sie werde den Wahrheitsbeweis für alle Anschuldigungen erbringen, die Klage bedingungslos zurückgezogen und damit darauf verzichtet, sich gegen die ungewöhnlichen Anschuldigungen zu rechtfertigen. Er hat sich damit selbst „entkühlt“ und gestanden, daß die Mittelungen der „Arbeiterzeitung“ über ihn zutreffen.

Rendierung

der Wohlfahrts-Erwerbslosenfürsorge

FR. In den nächsten Tagen wird, wie die „DAS“ meldet, eine neue Verordnung des Reichspräsidenten über Veränderungen in der Wohlfahrts-Erwerbslosenfürsorge erlassen. Diese Verordnung wird zunächst die angeforderte Erhöhung des Reichsausgleichs für die Gemeinden, die bisher einen Reichsausgleich im Monatsbetragschnitt von 60 bis 65 Millionen bekamen. Rünftia soll dieser Betrag auf 75 Millionen erhöht werden. Außerdem der Rangabstufung, die im Winter eine besonders hohe Erwerbslosenziffer haben, ist außerdem eine Veränderung des Verteilungsschlüssels vorgesehen. Besonders wichtig ist für die Gemeinden die Anlaufdiagnose, daß von 1. November bis 30. April kein Unterfüllungsmessener mehr der Krisenunterstützung ausgereicht werden soll. Es kann keine Erhöhung der Wohlfahrts-Erwerbslosenziffer eintreten. In die Gemeinden vor einer Steigerung ihrer Wohlfahrts-Erwerbslosenziffern wahr bleiben.

Neue Berechnungsgrundlagen der Steuergutheime

Im Reichsausgleich wird eine Verordnung zur Veränderung der Durchführungsbestimmungen zur Steuererhebungsvorordnung vom 31. Oktober veröffentlicht, welche die Berechnung der Befehlsgebühren bereinigt, entfallende Zweifel und Härten beseitigt und die Berechnungsart in Uebereinstimmung mit derjenigen der Forderungsvorordnung bringt. Zugleich mit dieser Verordnung wird die „Bestimmung der Salons- und Kampagnenwerke“ vom 26. September 1932 in erweiterter Fassung neu erlassen. Die wichtigsten ist die Aufnahme des gesamten Einzelhandels (mit Ausnahme des Handels mit Drogen und Apothekerveraren) in die Liste der Salonswerke.

Brandgeschloß in SPD-Verammlung geworden

Altona, 3. Nov. Kurz vor Beginn einer SPD-Kandabstimmung in Altona wurde am Mittwochabend durch ein Feuer in der Verammlungshalle von unbekannten Tätern ein tuerstündliches Brandgeschloß mit brennendem Teer auf das Podium geschleudert. Feuer konnte im Entstehen gelöscht werden.

Das Küstungsfeierjahr

Deutschland hat nicht geantwortet

Genf, 3. Nov. (Eig. Draht.) Im Büro der Abrüstungskonferenz, das am Donnerstag keine Arbeiten wieder aufnahm, machte Präsident Henderson Mitteilung davon, daß 47 Staaten das Küstungsfeierjahr auf vier Monate verlängert hätten. Der französische Vertreter Wallat hob ausdrücklich hervor, Frankreich habe nur zugestimmt, wenn seine Nachbarn das gleiche täten. Da Deutschland überhaupt nicht geantwortet habe, habe sich Frankreich alles vorbehalten.

Am Freitag normittag wird Paul Boncour's Erklärungen der französischen Abrüstungsplan abgeben. Die Diskussion wird der Veröffentlichung des Planes stattfinden.

Schheimnisvolle Belpredungen in Italien

Paris, 3. Nov. (Eig. Draht.) Das „Journal de Debates“ veröffentlicht folgende ihm aus Mailand zugegangene Meldungen mit der Bemerkung, daß es für deren Richtigkeit garantiert: „Wir erfahren aus absolut sicherer Quelle, daß General Schleiter vor einigen Wochen heimlich nach Italien gekommen ist, und mit Mussolini und Kriegsminister General Cazzera Unterredungen gehabt habe. Ueberlei Richtigkeiten bei diesen Unterhaltungen erwoagen worden, aber man wäre zu einem schriftlichen Abkommen gelangt. Am dieselbe Zeit war mit derselben Heimlichkeit hat Mussolini eine hohe französische Persönlichkeit empfangen, die zur Zeit nicht tätig ist und die nicht ahnte, daß die Unterredung, die in Mailand stattgefunden hat, nur dazu dienen sollte, die Bedeutung des deutschen Besuchs zu vermindern und eventuell zu verheimlichen.“

Vorkämpfer für Deutschlands Erneuerung

Die „Nazi-Bewegung“, nach dem Gehirne ihrer Träger zur „Erneuerung Deutschlands“ verufen, wird durch folgende in die jüngste Zeit fallende und von dem Bodumer Polizeipräsidenten registrierte Vorfälle charakterisiert:

Am 10. Oktober erscheint in Bodum der Kaufmann Pennia seine Frau, sein Kind und sich selbst. Er war von einer Bierreise am Sonntag spät nach Hause gekommen. Seine Frau macht ihm am Montag morgen Vorhaltungen. Er wirt mit Bierflaschen nach ihr, schläft sie zu Boden, ruft seinen auf der Straße spielenden kleinen Sohn herein, nimmt ihn auf den Arm, zieht eine Pistole, erschießt den Jungen, schießt auf seine Frau und tötet sich dann selbst. Pennia war Mitglied der NSDAP.

Am 15. Oktober bringt der Sohn eines Milchhändlers abends seine Braut nach Hause. Die jungen Leute streiten sich, das Mädchen erhält in der elterlichen Wohnung eine Ohrfeige. Die Brüder verbieten weitere Tätlichkeiten und drängen den schlaftrunkenen Bräutigam aus dem Hause. Nach einer Viertelstunde kommt er wieder, verläßt den einen Bruder seiner Braut durch einen Oberleutnant schwer, bringt in die Küche und tötet seine Braut durch einen Kopfschuß. Dann legt er Hand an sich selbst. Der Täter, der mit seiner ausländischen Waffe schon mehrere Personen bedroht hat, war SA-Mann.

Am 17. Oktober raste ein Kraftwagen in der Morgenröthe um 5 Uhr in eine Gruppe zur Schicht gehender Belegschaft aus Gerthe bei Bodum. Ein Bergarbeiter wird getötet, zwei werden schwer verletzt. Ohne sich um seine Opfer zu kümmern, fährt der Führer des Wagens weiter. Nach zwei Tagen wird der Kraftwagen ermittelt. Er gehört der „Roten Erde“, der nationalsozialistischen Zeitung, der Fahrer ist Mitglied des Kraftfahrersbundes der NSDAP.

Der Sohn eines Bodumer Müllers, Mitglied der Kasseler Hitlerjugend erschießt sich mit einer Pistole. Aus Herne und Castronau werden ähnliche Fälle gemeldet.

Das sind die „aufbauwilligen Kräfte“ des Herrn von Papen!

An die Angestellten!

Volk und Land stehen im Zeichen einer schweren Staats- und Wirtschaftskrise.

Eine durch die Nationalsozialisten in den Sattel gehobene, vom Volke unabhängige Regierung hat die wirtschaftliche und politische Freiheit der Angestellten, Arbeiter und Beamten in höchste Gefahr gebracht.

Zusammenbrechende privatkapitalistische Unternehmungen sollen durch Steuererhöhte des Reiches und Lohntribute der Angestellten und Arbeiter gerettet werden.

Schwindende Kaufkraft der Massen und Abwertung Deutschlands vom Weltmarkt bedrohen besonders den Arbeitsmarkt der Angestellten.

Die vollstrenge feudale Staatsführung nennt sich eine „autoritäre Regierung“.

Die echte Autorität einer Staatsmacht kann aber nur auf der Grundlage des Vertrauens der schaffenden Volksträfte erwachsen. Die Volksherrschaft soll durch ein geschichtlich längst überholtes konstitutionelles Herrschaftsrecht abgelöst werden.

Seit Monaten ist die Demokratie in der neuen Staatsführung an einem Fremdkörper geworden.

Wird dieser Entwicklung durch die Wähler am 6. November kein Halt gesetzt, so müssen mit dem Abbau der Demokratie auch der Arbeitsschutz und das kollektive Arbeitsrecht ihre Heimstätte in Deutschland verlieren.

Die Kräfte des vorkriegszeitlichen monarchistischen Deutschland holen zum Schloß gegen die republikanische Staats- und Sozialverfassung aus.

Um die Herrschaft eines versagenden und absteigenden Kapitalismus aufrecht zu erhalten, sollen die Angestellten und Arbeiter ihrer demokratischen Abwehrkräfte beraubt und jedes Einflusses in Staat und Wirtschaft entäußert werden.

In diesem Wahlkampf messen sich die sozialen Kräfte des republikanischen Deutschland mit den kapitalistischen Mächten der Gegenrevolution.

Die Verteidiger demokratischer Grundrechte im politischen und sozialen Leben stehen gegen eine feindselige Gewalt Herrschaft.

Scheingefechte, wie sie von den Faschisten gegen die feudale Staatsgewalt geführt werden, dürfen die Angestellten nicht täuschen.

Die getrennt marschierenden Gruppen der Reaktion sind entschlossen, nach dem 6. November ihren sozialen Vernichtungskampf gegen das arbeitende Volk gemeinsam durchzuführen.

Der Aufmarsch der Wähler für die Eisernen Front muß gleichzeitig zur Mobilisation der großen Armee des antikapitalistischen Deutschlands werden, um die Reaktion zu überwinden.

Angestellte, Arbeiter und Beamte umfassen mehr als zwei Drittel aller Wähler.

Ihr Arbeitsschutz liegt in ihrer Hand.

Ihrer Kollegen, Kollegen, denkt am 6. November an Lohnarbeit und soziale Not.

Der letzte Reichstag vom 31. Juli hatte eine kommunalistisch-nationalsozialistische Mehrheit, und er hat damit das Land gekümmert. Denkt an die sozialen Erregungszustände der letzten zehn Jahre. Sie sind unter dem maßgeblichen Einfluß der Sozialdemokratie gewonnen, durch die Reaktion und ihre Helfer wieder gefährdet und teils zerstört worden.

Nur ein sozialistisch-republikanischer Reichstag kann Deutschland aus der verhängnisvollen Isolierung von heute befreien.

Nur ein arbeitsschützender Reichstag kann wiederum den Anschluß an die Weltwirtschaft, Arbeit und Brot bringen.

Autorität ist das Ziel der Reaktion. Autorität ist Not und Hunger für die Bevölkerung.

Wählt einen Reichstag für sozialistische Bedarfs- und Planwirtschaft, und ihr wählt den Weg ins Freie.

Habt am 6. November den Willen zum Sieg der Eisernen Front und ihr habt die Macht zur wirtschaftlichen und politischen Freiheit.

Gestaltet die Eisernen Front zur breiten Massenfront aller antikapitalistischen Kräfte, zum Willenszentrum für die Einheit aller Kopf- und Handarbeiter.

Kämpft mit uns gegen Diktatur und Reaktion — für Recht und Freiheit! Gegen Faschismus und Kapitalismus — für Frieden und Sozialismus!

Der AFA-Bundesvorstand

Die Meute heult auf!

Von Heim Derksen.

Die Nazimeute heult auf, in das Innerste getroffen. Das überaus Baden verbreitete Flugblatt „Nach den Sklaren die Hitler“ enthält zu viele Anklagen. In banaler Sorge alarmieren sie ihren Anwalt und fordern — etwas naiv — die Staatsanwaltschaft auf, einzuschreiten. Ausgerechnet die badische Staatsanwaltschaft soll die Herren, die seit Jahren im deutschen Volk wühlten und gegen die Obrigkeit hetzen, nun schümen.

Gemach, ihr Herren! Das Flugblatt nun doch durch einstweilige Verfügung verboten zu wollen, ist völlig unzulässig. Es ist schon lange bis in das kleinste Dorf verteilt und gelesen, jedenfalls begierig gelesen. Von den einen mit groben, erkaunten, gleichsam ermahrenden Augen, von den anderen mit mütigen und hahnverzerrten Gesichtern. Der Meist hat dafür nur ein freundliches Schmunzeln, von Konstant bis Mannheim.

Wichtiger ist, daß der Herausgeber gewillt ist, jederzeit den Wahrheitsbeweis für die erhobenen Anklagen anzutreten, und in der Tat ist jeder der vorgebrachten Fälle erst nach sorgfältiger und überlegter Auswahl aus dem vorhandenen Material ausgewählt worden.

Die Meute heult auf! Der geistige Urheber und der Kreis seiner Freunde bekennen sich offen als Männer, die teilweise den Nationalsozialisten nahe standen oder heute noch Parteimitglieder sind. Das macht die Veröffentlichung um vieles interessanter.

Wir glaubten alle an Hitler, als den Führer einer kommenden Zeit, als den Begründer einer Bewegung, die das deutsche Volk zusammenführen und aus den Nachwehen des Krieges zu verbienstandlicher Arbeit emporführen sollte. Und unsere Enttäuschung war grenzenlos, wie wir erkennen mußten, daß das deutsche Volk mehr und mehr zerrissen wurde und daß unser ausländischer und blind vertrauender Idealismus, unsere ganze, in langen Jahren bewiesene Vorbereitungsarbeit um unfähigen Elementen, von hinteren, verkümmerten Kreaturen nun in klingende Münze umgehoben wurde.

Wie aus den Geldern der Armen der Armen, aus den mühsam abgerungenen Mitteln der Parteimitglieder riesige, prächtig überladene Braune Häuser wurden, Luxusautos feilschte Wohnungseinrichtungen für die Herren „Führer“. Schließlich wie aus der Bewegung eine Partei wurde, mit um Erlösbringern, wie das politische Karrieremachen, das Geldverdienen, das rücksichtslose Geldmachen zum Primat ward.

Wage keiner den Einwurf, wir seien etwa zu lau gewesen. Nein, wir sind zu tiefst enttäuscht! Wir haben für Hitlers Ideen gekämpft, wir wir noch kleine Jungen waren, oder Männer, die bereit waren, Tag um Tag ihr Leben für ihre Ueberzeugung einzusetzen.

Ich weiß noch, um jene Zeit des Putsches in München, wie wir um den Ausgang feierten und wie wir schließlich vor Enttäuschung weinten, weil wir fühlten, daß nun, mit neuen Schüssen vor der Festherrenhalle vieles verloren sei.

Ah, alles war verloren, weil eine Kugel nicht traf. Zwar wurde pathetisch erklärt, der nächste Morgen sehe ihn als Sieger oder tot; aber weder das eine noch das andere eintret. Dessen ungeschickter aber verstand derselbe Mann gleich hinterher, wie die Luft wieder rein war, wieder mutige Reden zu halten. So mußten dann wir und mit uns das deutsche Volk diesen grauenerregenden Schicksalsweg gehen.

Sie sind aus jenen Jungen Männer geworden, die nicht mehr weinen können, soviel größer unsere Enttäuschung auch geworden ist. Ich spreche es aus: Die deutsche Jugend ist um ihr Bestes betrogen worden, um ihren Glauben. Um den Glauben an einen Führer durch schwere Not, um ihren Glauben an den Sieg der Selbstlosigkeit und des nur Guten. Wahrscheinlich, wir hatten die uralte Lebensweisheit vergessen

und müssen neu lernen, daß die wirkliche Liebe zum Volk und tiefste Liebe zum Lande der Väter nicht nötig hat, mit einem Kieselstein auf in töndendem Wortschwall zu reden, sondern handelt. In der Stille wirkt, selbstlos wirkt, selbst schaffend und auch für andere entbehren kann, über alle Grenzen des Standes und der Parteizugehörigkeit hinweg.

Darum, ich wiederhole es noch einmal, es muß über jene falschen Pheräer der NSDAP, heißen:

Schant ihnen ins Herz und nicht auf ihr Vögelmantel!

Die Mannheimer „Volkstimme“ schreibt zu der „eidesstattlichen Versicherung“ Wagners gegenüber dem Flugblatt: „Nach den Sklaren die Hitler“. „Alle diese Dinge beweisen natürlich nichts und daß „eidesstattliche Erklärungen“ völlig wertlos sind, da sie naturgemäß nicht den Charakter von bindenden Eiden haben, hat sich ja auch in anderen Fällen erwiesen. Wir verzichten sie nur, um unserer Chronistenpflicht zu genügen. Im übrigen werden ja gerichtliche Verfahren angehängt und diese werden dann ja auch einer breiteren Öffentlichkeit einen tieferen Einblick in die inneren Zustände der badischen NSDAP, gewähren; daß diese alles andere sind, als wie man sie bei „fittlichen Erneuerern“ und „Reinigen“ Deutschlands hätte annehmen müssen, darf wohl schon heute als feststehend betrachtet werden. Uebriens hat sich loeben bei uns selbst in der Angelegenheit Lens ein neuer Zeuge gemeldet, der die Richtigkeit der Flugblatt-Mitteilungen vor Gericht zu bekräftigen bereit ist. Wir werden die Sache weiterleiten.“

Eine Radio-Überrauschung

Zwei Stunden Kurzwelle auf der langen Welle

Wer am Sonntag nacht am Radio sah und gerade Paris eingekauft hatte, der konnte eine große Überrauschung erleben: Bawerische Schrammelmusik à la Münchner Oktoberfest, Schandabilder, Jodeler (womöglich Münchner Rabi mit einer Maß Bier, aber das konnte man ja nicht sehen am Apparat) und das alles in Paris! Eine Riesensendung, mächtiger Beifall, Jubel und Lachen eines zahlreichen französischen Publikums. Was war denn

Im braunen Hemd für den „Erbfeind“

SA. in der Fremdenlegion

So wirkt die Erziehung durch Hitler

Aus Sidi-bel-Abbes in Maerien wird eine Beobachtung mitgeteilt, die auf die echt deutsche Gesinnung von Hitlers SA. ein grelles Schlaglicht wirft. Die französische Kolonie Maerien wird militärisch abgedeckt durch Fremdenlegionsstruppen. Diese Truppen bestehen aus Angehörigen aller Nationen. Auch Deutsche sind darunter stark vertreten.

In Sidi-bel-Abbes liegt das erste Fremdenregiment. In diesem Regiment ist der Prozentsatz von Deutschen ganz besonders hoch. Der Nachschub besteht zu einem wesentlichen Teil aus einer ganz besonderen Art deutscher Fremdenlegionäre, nämlich aus ehemaligen Hitler-SA-Leuten. Die neuangeworbenen, in die Fremdenlegion eingetretenen SA-Leute laufen nach Dienstschluss in ihren Braunhemden umher, die sie aus Deutschland mitgebracht haben. Sie geben bereitwillig Auskunft darüber, daß sie in Hitlers SA. waren und dort ihre Braunhemden gratis erhalten haben. Nach vier Wochen Dienst hat sie dann bereits der große Sammer gefaßt.

da los? Allmählich kam man dahinter: eine Aufführung des Tonfilms „Das Weiße Rößel“ (Überge du Cheval Blanc) wird aus Paris übertragen.

Wir laufen zunächst etwas bekommen, aber wir hören nichts von Deutschenhoh, merken nichts von Chauvinismus. Bis zum Schluss ungetrübte Heiterkeit, Stimmung, Stimmung und dann rauschender Beifall, minutenlang. Also das gibts auch noch in unserer Zeit der messerfertigen Gegenätze? „Es muß das Wunderbare sein, von dir gefiebt zu werden.“ Wir hören es, und denken an Marianne und Michel Zukunftsstumm? Auch in Paris hörte man einmal Zukunftsstumm, diejenige von Richard Wagner; der Jodelklub piffte sie aus, und doch wurde Wagner in Frankreich am meisten gespielt, und er ist heute noch moderner als zur Zeit in seiner Heimat Deutschland, trotz 1870/71 und dem Weltkrieg.

Während wir Sentigen in Deutschland uns auf einem Pulverschiff fühlen, während bei uns das alte Deutschland der Militärdienstpflicht, des preußischen Drills, des schneidigen und schnarrenden Generalstons, des soldatischen Kommandos mit Trommeln, Pauken und Siegesfanfaren aus den Gräbern heraufsteigt, wird in Frankreich der Generalismus von einem Reichswehrminister in Zivil, von einem Sozialisten energisch in die Schranken zurückgewiesen, und in Paris sitzen sie im Theater und am Radio den deutschen Schläger: „Was kann der Sozialismus da für...“ Sind die Franzosen vielleicht doch anders, als sie in unseren nationalsozialistischen Wältern gemalt werden? In unfernen Ohren klang es in dieser Nacht noch sanft: „Und verlaß mich nicht, und verlaß mich nicht!“

Wie könnt' ich dein vergessen, schönes Frankreich, in diesem Augenblick, da in der französischen Nationalbibliothek eine Goetheausstellung eröffnet wird? Wir vergessen dich nicht, schönes Frankreich, wir Deutschen! Das eine Deutschland denkt an dich, grimmig und verbißnen: Revanche klingt es in ihm! Das andere Deutschland denkt an dich voll Hoffnung in diesem Augenblick der Neuwaren, denkt auch an den Augenblick im Mai 1932, wo trotz Hitlers großer Erfolge das französische Volk unbehirtet der Regierung der nationalsozialistischen Rechte den Abschied gab wegen ihrer Mißerfolge in der Verständigungsarbeit mit Deutschland und den Kandidaten der Linken keine Stimme gab. Und das französische Volk hat recht, an uns die Frage zu richten: Welches der beiden Deutschland ist das richtige? Eine Antwort wird das deutsche Volk auf diese Frage am nächsten Sonntag, am 6. November, geben. Wird sie so einbeutlich ausfallen wie die Frankreichs im Mai 1932? Wir hoffen es mit aller Bestimmtheit. R. F. K.



Roland

Herrenschuhe

Hauptpreis-lagen: **8⁵⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰**

Karlsruhe, Kaiserstr. 108

Freistaat Baden

Badischer Landtag am 15. November?

D.3. Karlsruhe, 2. Nov. Wie der D.3.-Dienst hört, wird der badische Landtag voraussichtlich am Dienstag, den 15. November, zu seiner nächsten Sitzung zusammentreten.

Zentrumswahlkündigung

D.3. Karlsruhe, 3. Nov. Am Donnerstagabend veranstaltete die Zentrumspartei im Festhallsaal eine Wahlkündigung. Reichstagsabgeordneter Dr. Noos zog einige Vergleiche zwischen Brüning und Papen. Brüning sei ein stiller, aber tüchtiger Reichsführer gewesen, Papen hingegen tue in bezug auf das Heben jüdischer Güter. Außenpolitisch seien wir nun glänzlich vollkommen isoliert, innenpolitisch gehe es drunter und drüber. Die Aufhebung der deutschen Wirtschaft sei erfolgt — der Erfolg jedoch ausgeblieben. Die Regierung von Papen habe sich innerpolitisch mit der Frage Preußen einen Geneserreich geleistet. Die Zentrumspartei müsse der Reichsregierung das Recht absprechen, noch weiter regieren zu dürfen. Brüning habe regiert, Papen hingegen kommandiere. Es sei ein Unterschied, ob Militär regieren wolle oder Zivilisten. Es seien jetzt militärische Kräfte eingebrochen und östliche Denkmäler. Das Zentrum habe es satt, daß das Sprichwort, der Westen zahle und der Osten zehre, noch weitere Geltung hat.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen befaßte sich Dr. Noos mit der Frage des Zusammengehens des Zentrums mit den Nationalsozialisten. Es sei um die Schaffung eines arbeitsfähigen Reichstages, um praktische Mitarbeit in unserem Volke gegangen. Man habe sich gefragt, was geschehen könne, um die Lage in Deutschland zu verbessern. Das sei der Kernpunkt der Verhandlungen gewesen. Die Zentrumspartei habe die Verhandlungen aufrichtig geführt; Papen hätte getan, was er tun konnte, um diese Verhandlungen zu führen. Es sei darum gegangen, die NSDAP. in die praktische Mitarbeit einzuführen, und es sei schade, daß dieser Augenblick verpaßt worden sei.

Finanzminister Dr. Matthes zur Konkordatsfrage

D.3. Mosbach, 4. Nov. In einer Wahlversammlung äußerte sich Finanzminister Dr. Matthes auch zur Konkordatsfrage. Er führte dabei unter anderem aus, daß die jetzt in Diskussion zum Konkordatsabschluß stehenden Parteien, die Staatspartei und die Sozialdemokratie beim Abschluß der preussischen Kirchenverträge führend mitgewirkt hätten. Es sei selbstverständlich, daß, wenn man Preußen ein Konkordat genehmigt habe, das gleiche Recht auch für die anderen Länder gelte. Wäre in Preußen kein Konkordat abgeschlossen worden, meinte der Minister, dann wären auch die Konkordatsverhandlungen in Baden nicht in Fluß gekommen.

Im Grunde genommen handle es sich um zwei Verträge, wobei allerdings wesentliche Teile des Vertrags mit der evangelischen Kirche noch nicht abgeschlossen seien. Würde z. B. in diesem — dem evangelischen — Kirchenvertrag den Bestimmungen der Kirchenregierung, der ev. theol. Fakultät in Heidelberg die Rechte und Stellung zu nehmen, die bisher Forschungs- und Lehrfreiheit gewährleistet, Rechnung getragen, so wäre der Vertrag mit der evangelischen Kirche für ihn — den Minister — unannehmbar. Die andere Seite bestünde darin, daß zwischen Staat und evangelischer Kirche überhaupt kein Vertrag zustande komme, weil die evangelische Kirchenregierung das Angebot des Staates nicht annehme.

Das Transparent

Eine amüsante Wahlgeschichte

Ein Mitarbeiter sendet uns folgenden amüsanten Wahlbeitrag: In einer süddeutschen Klein- und Weinstadt gingen einmal die Wogen der Hildebegeisterung so hoch, daß die Nazis beschloßen, den Geburtstag Adolfs des Großen so zu feiern, wie früher den Wilhelm des Dritten.

Es wurden Kränze gemundet und Girlanden geknüpft. Wer keine Fahnenkreuzfahnen hatte, beschaffte sich eine. Von der letzten Wahl her waren noch Plakate vorhanden, auf denen in riesigen Lettern die „Hilfswirtschaft“ gebrochen und das Joch des „Steuerhoffensimus“ abgeschüttelt wurde; ganz besonders aber auch solche mit dem Bild des großen Wolf. Diese Plakate verteilten die Damen und Büchlein unter sich und sterten damit die Fassaden und Giebelwände ihrer Häuser.

Am Vortag des Geburtstages schon war das ganze Städtchen festlich geschmückt. Fast aus jedem Haus hingen Fahnen heraus; lange und breite Fahnenkreuzfahnen aus den Häusern der Reichen, kurze und schmale Wimpel dort, wo man sich zur Adolfs-Geburtstagsfeier nicht in so große Kosten füllen konnte oder wollte.

Ein solcher Wimpel hing auch zum Fenster einer Manufaktur heraus, die von einem alten Hausierer bewohnt war. Dieser konnte zwar weder recht lesen noch richtig schreiben, er war aber bei aller geistigen Unmittelbarkeit schlau genug, um demonstrativ zu dem großen Hausen zu halten, der jetzt im Städtchen das Heft in der Hand hatte. Zudem rechnete sich der Hausierer als selbständiger Geschäftsmann zum gewerblichen Mittelstand. Daher der Fahnenkreuzwimpel.

Wie nun unser Hausierer die Straßen des Städtchens hinauf- und hinabging und an so vielen Häusern außer Girlanden und Kränzen, Fahnen und Wimpeln die Plakate und Transparente mit den Swastiken und Bildern sah, kam ihm sein Wimpel dabei gar armelig vor. Nach langem Hin- und Herdenken fand endlich ein Entschluß fest.

Der Hausierer suchte einen Malermeister auf, einen Kunstgenossen des großen Adolfs, und erteilte ihm den Auftrag, das Plakatfenster der Hausierermoosung mit einem Transparent zu schmücken, damit bei Tag und Nacht eine Huldigung an Hitler von allen, die sie sehen, nachgesprochen werden müsse. Das er selbst die Inschrift nicht entziffern können würde, machte dem Hausierer keinen Kummer. Ach, er ahnte ja nichts von der Hölle, die in der Person des jungen, zu allerhand lustigen Streichen aufgelegten Dekorations- und Schriftmalers da vor ihm stand und mit verständnisvollem Nicken des Kopfes den ehrenvollen Auftrag, auszuführen auf Pergamentpapier, entgegennahm.

Der Morgen von Adolfs Geburtstag brach an mit richtigem Himmelsmetter. Der Sonne schönste Morgenstrahlen fielen auf das Plakatfenster der Hausierermoosung des Hausierers. Und all die festfrohen Menschen auf der Straße, die es sahen, blieben stehen. Und es wurden immer mehr und mehr, auch solche darunter, die nicht aufs Fahnenkreuz schwören.

Und es ging ein Raunen und Murren durch die Menge, aber bald auch ein Zwitschern und Rikern. Das wuchs zum Fluchen und Schimpfen und zum orkanartigen Gelächter. Da oben stand zu lesen:

„Ich taspige Simpel
häng raus meinen Wimpel
Dem Hitler zu Ehren!
Wer will mir's verwehren?“

Hibbl.

Stände-Mythologie

Ein Parlament von Syndikis

Wir haben neulich darauf hingewiesen, wie auch in badischen Handwerkskreisen ein Viehwagen mit dem Ständestaat vorhanden ist, so daß es zweckmäßig ist, den Gehirnen solcher Reizungen festzustellen. Dies geschieht heute in der „Woll. Sta.“, in einer längeren Betrachtung „Stände-Mythologie“, der wir folgende Feststellungen entnehmen:

„Die Hoffnung, mit Hilfe der Berufsvertretungen die festen Ordnungen früherer Zeiten wieder aufzubauen, ist schon deshalb eine Illusion, weil es Stände in irgendeinem dem mittelalterlichen vererblichen Sinne seit Generationen nicht mehr gibt. Die Organisationsform, die die Wirtschaft des 20. Jahrhunderts ent-

Die letzte Woche!

Freitag: Noch zwei Tage! Drauf und dran!
Keiner wird jetzt ausgelassen!
Geh' an jeden Wähler 'ran!
Flugblattsturm! Nicht locker lassen!
Kämpf' euch mit dem Volke frei!
Massetieg durch Liste zwei!

Sozialdemokraten!

widelt hat, haben mit den traditionsgebundenen Ordnungen vergangener Zeiten nichts mehr gemein. Eine Erbe „berufständische“ Kammer wäre kein Kollegium von Meistern und Kunstvorständen, sondern ein Parlament von Syndikis. Auch ein solches Gremium könnte man für nützlich halten, aber auf jeden Fall muß es die richtige Firma tragen. Es ist gefährlich, durch den Zauber falscher Worte die barte Welt von heute in eine Balle verewandeln zu wollen.

Aus aller Welt

Zuchthaus für internationale Geldfälscherbande

Berlin, 3. Nov. Nach achtstündiger Verhandlung verurteilte die Strafkammer den russischen Kaufmann Kamonoff wegen Münzverbrechens zu drei Jahren Zuchthaus, den russischen Kaufmann Wassiljoff zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und den Kaufmann Kalkin-Udinskoff zu neun Monaten Gefängnis; der Kaufmann Bandau erhielt ein Jahr Gefängnis.

Das Flugzeugunglück in Spezzart

W. Berlin, 3. Nov. Ueber den Flugzeugunfall in Spezzart gibt der Reichsverkehrsminister folgendes bekannt. Es herrschte starker Gegenwind. Ueber dem Spezzart ist der Flugzeugführer, wahrscheinlich in dem Glauben, das Gebirge bereits passiert zu haben, nach unten durchgehoben, um vor Frankfurt rechtzeitig Erdreich zu erhalten. Beim Herauskommen aus den Wolken befand er sich in einem engen, von gemaltigen Höhen umgebenen Tal. Das läßt sich durch den Flugzeugführer aus dem ungewohnten, gefährlichen Lage hat offenbar jene Ueberbeanspruchung des Tragwerks hervorgerufen, der kein Flugzeug gewachsen ist. Der linke Flügel ist bei diesem Unfall abgebrochen. Der Unfall ereignete sich beim Herauskommen aus den Wolken in abnormaler Flughöhe zum Opfer gefallen ist. Der Befund der abgebrochenen Fläche läßt die Auffassung des Unfalls als einwandfrei erscheinen. Der Motor ist nach dem Stande der Instrumente bis zum letzten Augenblick in Ordnung gewesen.

Ein Unglück bei den Hamburger Eisbrücken

Hamburg, 3. Nov. Wegen eines schweren Unfalls, der sich heute nachmittags unweit der Eisbrücken ereignete und drei Kottensarbeiter das Leben kostete, ist der Kottensführer Krupa festgenommen worden. Krupa, dem vorchristlich ein Mann als Aufsichtsposten zur Verfügung stand, hat diesen Mann in der Kotte mitarbeiten lassen, statt ihn seiner Bestimmung entsprechend zu verwenden. Nur diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß der Zug in die Arbeitergruppe hineinfuhr.

Güterzug fährt in eine Arbeiterkolonne

Samburg, 3. Nov. Unweit der Eisbrücken ist am Donnerstag nachmittags ein Güterzug in eine Arbeiterkolonne hineingefahren. Drei Arbeiter wurden getötet, zwei haben schwere Verletzungen erlitten.

Gertrud Bindernagel gestorben

Berlin, 2. Nov. Die Opernsängerin Gertrud Bindernagel, die, wie erinnert, vor kurzem von ihrem Mann, dem Bankier Hinkel, nach einer Aufführung in der Städtischen Oper in Berlin durch einen Revolverstich schwer verletzt worden war, ist heute nachmittags 2.30 Uhr im Krankenhaus an Embolie gestorben.

Rohlenlager in Ostibirien

Moskau, 3. Nov. Einer amtlichen Meldung zufolge ist es russischen Ingenieuren gelungen, in Ostibirien im Gebiete des Flusses Buria riesige Rohlenlager zu entdecken.

Sturm über Newyork

London, 3. Nov. Aus Newyork wird dem „Daily Herald“ gemeldet, daß in der Umgegend der Stadt ein heftiger Sturm gewüthet hat. Etwa 20 Wohnhäuser wurden vom Wind schwer beschädigt. 3000 Personen erlitten dabei Verletzungen.

Der Untergang der „Niobe“ vor dem Marinekriegsgericht

Moskau, 3. Nov. In der Marineschule Kiel-Wit begann heute vormittags vor dem Marinekriegsgericht die Verhandlung über den Untergang des Marinejagdschiffes „Niobe“ am 26. Juli 1932, bei dem 69 Angehörige der Reichsmarine den Seemannsod gefunden haben.

Es ist eine Illusion, zu meinen, daß durch die Spitzen der Verbände die Rechte des Volkes besser vertreten seien als durch die Bürokratie der Parteien. Den Parteien wird gewiß mit Recht eine viel zu große Nachsichtigkeit gegen die Wünsche der von ihnen umworbenen Bevölkerungsschichten nachgesagt, aber darf man denn den Wirtschaftlern, die kraft ihres Amtes Vertreter von Interessen, und zwar enabegrenzten Interessen, sind größere Unabhängigkeit erwarten? Der Kanzler hat sich in seiner Rede mit großem Gehalt dagegen verwahrt, daß Abgeordnete ihre Anweisungen von Stellen erhielten, die mit dem Reichstag nicht das geringste zu tun haben — glaubt er denn, daß Vertreter von wirtschaftlichen Organisationen in einer zukünftigen ersten Kammer sich jemals von den Wünschen und Forderungen der Berufsvereine lösen werden, die sie entsandt haben? Wir fürchten im Gegenteil, daß ein Gremium von Persönlichkeiten, die in irgendeiner Form an die Interessenvereinigungen der Wirtschaft gebunden sind, eher noch härter sein wird als ein Parlament von Parteien, die ???

Die Genesung des Volkes kann nicht von außen, sondern nur von innen heraus kommen. Durch den Diktator einer nicht erwählten Verfassung läßt sich die innere Erregung nicht beseitigen. Man kann sie allenfalls am öffentlichen Ausdruck hindern, aber nicht ohne zugleich den Druck der unterirdischen Spannungen, die Gefahr drohend zu verstärken. Die Genesung wird vielmehr in dem Augenblick von selbst eintreten, in dem die Schornsteine wieder rauchen und die Wiedererhebung der Arbeitslosen in die Ordnung des Berufes die Armeen der Verweilung und des Radikalismus desimiert. Wenn es einmal so weit ist, dann ist es Zeit, gemeinsam mit dem Reichstag die Fehler auszuweisen, die die Verfassung unbeseitbar befestigt; aber es wird sich dann herausstellen, daß sie so groß nicht sind, wie heute gern verkündet wird.“

Naziwaffenlager ausgehoben

Der Waffenschieber sitzt in Offenburg

In Gutach bei Sornberg wurde eines der im Amstatal befindlichen Waffenlager der Nazis ausgehoben. Es befanden sich im Keller: Karabiner, Handfeuerwaffen, zerlegte Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Infanteriemunition, außerdem wurden Seitengewehre und österreichische Armeerevolver gefunden. Das ist das Lager von 14 „friedliebenden“ SA-Leuten in Gutach. In den Wohnungen der einzelnen SA-Leute wurden noch beschlagnahmt beim ersten 2 Gewehre, 1 Pistole, beim zweiten 2 Pistolen, beim dritten 2 Pistolen, beim vierten 1 Pistole usw.

Der Waffenschieber und Lieferant der Nazis für den ganzen Schwarzwald und das Hanauerland sitzt in Offenburg; er wurde bereits festgenommen. Wie wir hören, haben einige der Nazis Strafmandate von 3 Monaten Gefängnis erhalten. Es ist unbedingt erforderlich, daß diesem Treiben mit einem entschiedenen Zugreifen durch die Behörde Halt geboten wird.

In der bevorstehenden Gerichtsverhandlung werden der Öffentlichkeit auch Mitteilungen gemacht über die fiktliche Erzeugung, wie sie im gemeinsamen Schlaftakt der Hitleristen im Nazijugendheim Gutach geübt wird.

Vorsitzender in diesem Prozeß, für den zwei Tage vorgelesen sind, ist Marinekriegsgerichtsrat Schulz.

Die Anklage richtet sich gegen den Kommandanten der „Niobe“, Kapitänleutnant Kubfus. Sie stützt sich auf § 326 StGB. Dieser Paragraph handelt von der fabrikmäßigen Herbeiführung des Untergangs eines Schiffes.

Zu der Verhandlung sind 20 Zeugen geladen, unter ihnen dreizehn frühere Angehörige der „Niobe“ mit dem Wachoffizier, Oberleutnant Dohr, an der Spitze, die bei dem Untergang gerettet worden konnten. Zu der Verhandlung haben sich zahlreiche Pressevertreter eingefunden.

In der Anklageschrift gegen Kapitänleutnant Kubfus werden die Umstände geschildert, unter denen das Unglück eintrat. Bei dem Ausmaß der Katastrophe, so heißt es in der Anklage, ist die Mutmaßung gerechtfertigt, daß das Unglück hätte vermieden werden können.

Im Verlauf der Kriegsgerichtsverhandlung wegen des Unterganges der „Niobe“ wurden die Personalien des Angeklagten vorgelesen. Aus einem Führungszeugnis des Inspektors des Bildungswesens der Marine, Kontradmiral Schulte, ist hervorzuheben, daß Kapitänleutnant Kubfus als Offizier wie als Kommandant der „Niobe“ eine hervorragende Dienstauffassung gezeigt habe.

Auf eine Frage des Vorsitzenden nach Kapitänleutnant Kubfus an, daß Vullagen und Schotten zum Teil geschloßen, zum Teil aber geöffnet gewesen seien. Es habe kein Grund vorgelegen, daß Schiff in allen seinen Teilen abzuschließen.

Es wurde dann in die Zeugenvernehmung eingetreten. Oberbootsmann Ruch, einer der Ueberlebenden der „Niobe“, bestätigt, daß die See ganz überraschend gekommen sei. Er habe kein Licht noch nie erlebt.

Kapitän Thomsen, Führer des Feuereschiffes „Schmarnbeit“, erklärte, die aufkommende See habe nicht sehr gefährlich ausgesehen. Die Fortnahme der Oberlegel bei der „Niobe“ (soweit im Bereich der Wetterlage angeschlossen gewesen zu sein).

Korvettenkapitän Kämpel, der frühere Kommandant der „Niobe“, betonte, Kapitänleutnant Kubfus habe von Anfang an guten menschlichen Sinn und Verständnis gezeigt. Er habe die Ueberzeugung gehabt, daß Kubfus jeglicher Lage gewachsen sei. Zur „Niobe“ selbst habe der Zeuge volles Vertrauen gehabt.

Kiel, 3. Nov. Nach Schluß der Beweisaufnahme erstatteten die Sachverständigen ihr Gutachten. Aus ihren Berichten geht übereinstimmend hervor, daß Kommandant Kubfus gar nicht anders handeln konnte, als es geschehen sei. Es habe sich um eine See gehandelt, wie sie in unsern Breiten nur sehr selten vorkomme. Das Unglück sei daher auf höhere Gewalt zurückzuführen. Die heutige Verhandlung vor dem Kriegsgericht wegen des Unterganges des Schiffs „Niobe“ endete mit dem Verurteilung des Kommandanten der „Niobe“, Kapitänleutnant Kubfus.

Nazi-Werbeflugzeug abgestürzt

Ein böses Omen für die Nazi-Ausichten

München, 3. Nov. Das Reichsflugzeug D 1673, mit dem der Pilot Morziz 1930 den Europaflug gemacht wurde, wurde bei Oberauferente von einem heftigen Schneesturm an einen Fabrikschornstein geschleudert und kürzte auf beträchtlicher Höhe ab. Die rechte Tragfläche ging vollständig in Trümmer, die Steuerung wurde zerrümmert und der Motor aus der Maschine gerissen. Der Pilot zum Glück aus München erlitt, ebenso wie sein Fahrgast Pflger, außer einer Gehirnerschütterung schwere andere Verletzungen. Die Maschine, die das nationalsozialistische SA-3 z. e. trug, war zu einem Werbeflug nach Friedlandhafen eingeseht; auf dem Rückflug nach München ereignete sich das Unglück.

Gewerkschaftliches

Zum Berliner Verkehrsstreik

Der von der Direktion der VAG, angerufene Schlichtungsausschuss trat Donnerstag nachmittag zusammen. Nach zweistündiger Verhandlung wurde dann von den Gewerkschaftsfunktionären der Vorschlag gemacht, den Manteltarif auf ein Jahr zu verlängern und das Lohnabkommen unverändert bis zum 28. November 1932 zu befristet. Von den Vertretern der VAG, die vorher betont hatten, daß der Fehlbetrag der Gesellschaft acht bis neun Millionen Mark betrage, wurde erklärt, daß eine Verlängerung des Manteltarifs auf ein Jahr unannehmbar sei.

Im Arbeitskonflikt bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft wurde am Donnerstag ein Schiedsgericht ernannt, das es bei dem bereits vorgelassenen Lohnabkommen von 2 Pfennigen beläßt und nur eine Verlängerung des Manteltarifvertrags bis zum 31. März 1933 brint.

Der Schlichter für Groß-Berlin hat die beiden Parteien noch für Donnerstag abend zu Nachverhandlungen eingeladen. Es ist mit einer Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts zu rechnen. Die Beteiligung der Nazis an dem von der VAG geführten Streik ist — auf Weisung von höchster Stelle — abgeblieben worden.

Der von den Vertretern der Arbeitgeber für Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts angerufene Schlichter hat nach fast zweistündiger Sitzung den Schiedspruch für verbindlich erklärt, weil die geforderten Voraussetzungen vorliegen. Die im Schiedspruch vorgeschlagene Regelung entspricht dabei bei gerechter Abwägung der Interessen der Billigkeit.

Von einer Stelle, die sich als zentrale Streikleitung der Verkehrsarbeiter bezeichnet, wurde gegen Mitternacht den Redaktionen eine Erklärung zugeleitet, wonach sich an den Beschlüssen der Streikleitung durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts nichts ändere. Der Streik werde fortgesetzt.

CAW, Berlin, 3. Nov. Die Politische Polizei hat heute im Laufe des Nachmittags in dem Streik bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft eingegriffen und weit über 50 Streikposten festgenommen. Sie hat sich zu diesem Schritt veranlaßt gesehen, weil nach ihrer Ansicht der Hintergrund für den Streik mehr auf politischem als auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen ist.

Im Zusammenhang mit dem wilden Streik bei der VAG, nahm die Polizei am Donnerstag abend die Berliner Bezirksleitung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (Industriegruppe: Gemeinde und Verkehr) fest. Die Mitglieder dieser Gruppe befanden sich in einer Verammlung, die den Zweck hatte, einen Sympathiestreik der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke anzuzetteln. Insgesamt wurden 52 Funktionäre festgenommen.

CAW, Berlin, 4. Nov. Da der Schiedspruch die Verbindlichkeitsklärung des Schlichters im Streik des Personals der VAG, heute früh noch nicht allgemein bekannt war, ist die Arbeiterschaft der VAG, noch nicht in den Bahnhöfen erschienen. Die VAG, hat jedoch durch Säulenansatz den Wortlaut des Schiedspruches bekannt gegeben und den Arbeitern eine Frist bis 2 Uhr nachmittags zum Erscheinen auf der Arbeitsstätte gesetzt. Falls im Laufe des Vormittags durch das Bekanntwerden des Schiedspruches eine genügende Anzahl VAG-Arbeiter und Angestellte in den Betrieben erscheinen, kann schon am Vormittag mit einer teilweisen Wiederaufnahme des Verkehrs gerechnet werden.

Vor einem Betriebsbahnhof in Berlin-Schöneberg kam es heute morgen zu Zusammenstößen streikender VAG-Arbeiter, die die Polizei auseinanderzutreiben versuchte. Die Beamten wurden häufig angegriffen und bedrängt, daß sie von ihrer Schutzmacht Gebrauch machen mußten. Eine Person wurde so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport ins Krankenhaus starb. Eine weitere Person wurde schwer verletzt.

Die Arbeiter sehen zu den Gewerkschaften

Breslau, 3. Nov. (Ein. Draht.) Auf allen Gebieten des Waldenburger Steinkohlenbergbaus fanden am Mittwoch die Wahlen der Beisitzer zur Arbeiterkammer statt. Die an dem Tarifvertrag beteiligten Verbände hatten eine gemeinsame Liste eingereicht, während von den Kommunisten und Nationalsozialisten eigene Wahlvorschläge aufgestellt worden waren. Das Ergebnis verdient als politischer Stimmungsmessers betrachtet zu werden. Es zeigt, daß das Vertrauen der niederschlesischen Bergarbeiter zu ihren Gewerkschaften unerschüttert ist. Insgesamt wurden 11425 Stimmen abgegeben. Davon entfielen 6857 auf die Liste der Gewerkschaften, 3099 auf die Liste der Kommunisten und 1469 auf die Nationalsozialisten. An Mandanten erschienen demnach die Gewerkschaften vier, die Kommunisten zwei, und die Nazis eines. Die Wahlbeteiligung betrug nur 80 Prozent. Zahlreiche Bergarbeiter hatten, da die Wahlzeit unangünstig angefiel, keine Gelegenheit, sich an der Wahl zu beteiligen.

Weiterbeschäftigung Ausgelernter in Wehrinstellung

Auf eine Eingabe des Reichsarbeitsministers dem Kartell folgende Entscheidung mitgeteilt:

Wenn ein Wehrpflichtiger nach Ablauf seiner Wehrzeit nicht aus einem Unternehmen ausscheidet, sondern als Geselle oder Handlungsgehilfe oder sonst gegen Entgelt im Betriebe weiter beschäftigt wird, so ist diese Weiterbeschäftigung regelmäßig als Wehrbeschäftigung eines Arbeitnehmers im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten über Befreiung der Wehrpflicht vom 4. September 1932 anzusehen.

Warum Perfit fällt auflösen?

Perfit fällt auflösen ist deshalb notwendig, damit die Aberrationen imperforierten Samenstoffbläschen, die sich beim Erwärmen der Lauge entwickeln und zusammen mit der in Perfit enthaltenen Zeile das Weiden und Weiden betragen, nicht vorzeitig nutzlos entwickeln. Deshalb kann man nicht oft genug sagen: Perfit fällt auflösen und die Lauge fällt anlagent!

Der Fall Bullerjahn

Beginn der Wiederaufnahmeverhandlung vor dem Reichsgericht

Vor dem Strafsenat des Reichsgerichts beginnt am 3. November die auf zwei bis drei Wochen berechnete Wiederaufnahmeverhandlung im Fall Bullerjahn. Der Oberlagervormwalt Walter Bullerjahn war im Dezember 1925 vom Reichsgericht in Leipzig wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden — obgleich er selbst von Anfang an ganz entschieden bestritt, sich in irgendeinem Sinne gegen das Geleit vergangen zu haben. Aber das Gericht glaubte nach längerer Verhandlung davon überzeugt sein zu können, daß Bullerjahn im Winter 1924/25 ein geheimes Waffenlager der Berlin-Karlsruher Industriewerke, deren Lagerverwalter er war, an die Interalliierte Kontrollkommission verraten habe. Sofern sich das Urteil auf Indizien stütze, kann heute wohl schon gesagt werden, daß sich jene Indizien im Laufe der Zeit



Bullerjahn

als haltlos und juristisch unzuverlässig herausgestellt haben. In der Urteilsbegründung wurde aber auch ausgeführt, daß das Gericht vielleicht nicht einmal auf die Indizien allein hin eine Verteilung aussprechen würde, wenn nicht auch eine ungenannte Vertrauensperson, deren Glaubwürdigkeit über jeden Zweifel erhaben" sei, bestehende Angaben über den Verrat Bullerjahns gemacht habe.

Wer diese lange Zeit tatsächlich „ungenannte Vertrauensperson" war, erfährt die breite Öffentlichkeit auf eine fast romanhaft-eigentümliche Weise. Vor etwa 2 Jahren fuhr eines Tages vor einer Kirche im Berliner Tiergartenviertel eine feudale, fast schwerindustriell prunkende Hochzeitsgesellschaft vor. Während der Trauungszeremonie sammelte sich vor der Kirche die übliche Schwarze Kugel. Als die Menge, nach Beendigung der Feier, gleichsam spaltbildend zur Seite wich, entführte ihr eine schwarz gekleidete Frau, die sich dem Brautpaar, stolz und impudant einherbewegenden Brautpaar mit dem Rufe zu Füßen warf: „Herr von Contard, gehen Sie mit meiner Sohn wieder!"

Hier hörte die Welt den Schrei einer Mutter. Der, an den er gerichtet war, ist jener Geheimnisvolle, dessen Auslage im Leipziger Landesverratsprozeß die Waage der Gerechtigkeit nach der Schuldigkeit hin belastet hat. Herr von Contard war Generaldirektor der Berlin-Karlsruher Industriewerke. Was er im ersten Bullerjahnprozeß, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurde, wirklich sagte, ist heute ebenso wenig sicher wie die moralische Qualifikation des Jüngers; der Schild dieses Mannes, dessen Glaubwürdigkeit einmal über jeden Zweifel erhaben war, soll heute nicht mehr ganz so blank wie früher sein; der Name Contard fiel im Zusammenhang mit mancher unregelmäßigen Affäre. Aber wie dem auch sei, es ist im Interesse des Rechts zu wünschen,

daß Herr von Contard seine Aussage jetzt vor dem Reichsgericht noch einmal macht und noch einmal beschwört. Voraussetzung wäre freilich, daß er der Einladung, die das Reichsgericht an den insinuierten ins Ausland Versorgenen richtete, auch wirklich Folge leistet.

Rein juristisch ist der bevorstehende Bullerjahn-Prozeß ein Nothum. Denn zum ersten Mal wird das Reichsgericht, das über Fälle wie den gegebenen als letzte Instanz zu urteilen hat, sein eigenes Urteil im Wiederaufnahmeverfahren nachprüfen.

Der Angeklagte Bullerjahn befindet sich seit längerer Zeit wieder in Freiheit. Die vom verstorbenen Reichstagsabgeordneten Paul Levi gemeinsam mit der „Liga für Menschenrechte" betriebene Aufführungsarbeit hat wohl auch das Reichsgericht allmählich zur Ueberzeugung gebracht, daß eine Schuldfreiheit des Verurteilten zum mindesten stark im Bereiche der Möglichkeit liegt.

Der offizielle Wiederaufnahmeheschluss erfolgte im März 1932. Unter den Zeugnisaussagen, die bei den Reichsrichtern im Sinne der Wiederaufnahme wirkten, spielte auch eine besondere Rolle die Befundung eines französischen Leutnants Jost in Ranco. Jost war im Jahre 1925 bei der Interalliierten Militär-Kontrollkommission in Berlin. Er erklärte mit Bestimmtheit wiederholt, daß nicht Bullerjahn, sondern ein anderer das Contard'sche Waffenlager an die Alliierten verraten habe. Ob freilich die Persönlichkeit des „anderen" im neuen Prozeß ermittelt werden wird, erscheint nach Lage der Dinge mehr als fraglich. Man wird sich damit bescheiden müssen, wenn sie ein Verdächtiger und schwer Geschädigter rehabilitieren kann.

Wiederaufnahme Bullerjahn-Prozeß

CAW, Leipzig, 3. Nov. Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten am Reichsgericht, Dr. Küniger, begann am Donnerstag das Wiederaufnahmeverfahren im Falle des Oberlagervormwalters der Berlin-Karlsruher Industriewerke, Walter Bullerjahn, der am 11. Dezember 1925 von demselben Strafsenat wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Die Klage wird durch den Oberstaatsanwalt Dr. Werner persönlich vertreten. Für Bullerjahn ist Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld-Berlin erschienen. Als militärischer Sachverständiger ist Major Simer vom Reichswehrministerium anwesend.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß es sich hier keineswegs um eine politische Sache handle, sondern nur darum, ob ein Mensch schuldig sei oder nicht. Die Frage sei dadurch neu aufgerollt worden, daß das Wiederaufnahmeverfahren für begründet erklärt worden sei.

Oberstaatsanwalt Werner beantragte für die ganze Dauer der Verhandlung Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit. Das Gericht beifolgte jedoch, der Senat habe es nicht für geboten, die Öffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses auszuschließen. Er behalte sich jedoch vor, die Öffentlichkeit von Fall zu Fall auszuschließen.

CAW, Leipzig, 3. Nov. In der weiteren Verhandlung im Bullerjahn-Prozeß wurde der Lebenslauf des Angeklagten dargestellt. Ausführlich kamen dann die Differenzen zur Sprache, die Bullerjahn mit der Direktion der Berlin-Karlsruher Industriewerke in Weidenau bei Berlin gehabt hat. Bullerjahn erklärte u. a., es sei ihm unumgänglich gemein, daß von Contard von jedem der leitenden Beamten keine Spitzelberichte verlannt habe.

Schließlich wurden die Revisionen der Interalliierten Kontrollkommission am 23. und 24. Dezember 1924 sowie am 5. 6. und 7. Januar 1925 erörtert, die angeblich durch Verrat Bullerjahns veranlaßt worden sein sollen. Auf die Erklärung des Vorsitzenden, daß die Revisionen offenbar auf Verrat zurückzuführen seien und daß Bullerjahn dies selbst früher gesagt habe, lagte der Angeklagte, daß er dieser Ansicht auch heute noch sei, denn die Interalliierte Kontrollkommission hätte ziemlich genaue Kenntnis von den Vorgängen gehabt.

Sobann wandte sich die Vernehmung Bullerjahns der Frage des Verrats zu, wobei abermals die Differenzen des Angeklagten mit seiner Direktion eine größere Rolle spielten.

Kleine bad. Chronik

* Langenbrand (Murgtal), 3. Nov. Unfall. Ein mit Papier schwer beladener Karlsruher Lastkraftwagen mit Anhänger verunglückte hier dadurch, daß er infolge Achsendruck bei der aufsteigenden Straße beim Bahnhof Langenbrand rückwärts fuhr. Der Anhänger kippte um, wodurch das Gelände gegen die Bahnhofsseite umgerissen wurde. Die Ladung stürzte auf die Straße. Personen litten nicht zu Schaden.

* Zairnbach (bei Wiesloch), 4. Nov. Der Zairnbacher Goldschaf verkauft. Der vor vier Jahren anlässlich des Brandes des Zairnbacher Schlosses aufgefundenen Goldschaf, bestehend aus wertvollen alten Goldmünzen, ist nunmehr endlich zum Verkauf gelangt. Ein Teil ging nach Hamburg, ein anderer Teil nach Heidelberg. Die Gemeinde Zairnbach hat damit einig 1000 Mark verdient.

* Säckingen, 3. Nov. Keine Aufklärung des Säckinger Kirchenraubes. Die Meldungen über eine angebliche Aufklärung des Säckinger Kirchenraubes sind unzutreffend. Auch die Behauptung, daß in dieser Angelegenheit Verdächtige in Haft genommen worden sind, treffen nicht zu. Es fehlen bisher immer noch irgend welche Anhaltspunkte.

* Achern, 3. Nov. Erdbeeren im November. In einem Garten in der Acherner Heidestraße sind neben Erdbeerbüscheln auch schöne reife Früchte zu sehen, denen nur die warme Sonne

fehlt, um ganz auszureifen. An Allerheiligen noch reife Erdbeeren und Blüten, das kommt nicht alle Jahre vor.

Letzte Nachrichten

Parteitag der französischen Radikalen

Paris, 3. Nov. Heute früh wurde in Toulouse der Parteitag der Radikalen eröffnet.

Ministerpräsident Herriot, der an der französisch-spanischen Grenze den Zug verließ, um im Auto weiterzureisen, ist im Laufe des Vormittags in Toulouse eingetroffen.

Im allgemeinen wurde Herriot von der spanischen Bevölkerung wohl aufgenommen, so daß er vor Journalisten sogar den Hinweis auf die im Krieg zerstörten Gebiete Nordfrankreichs machte, um Sympathien für Frankreich zu erwecken.

Toulouse, 4. Nov. Auf dem Radikalen-Parteitag hielt gestern abend Herriot eine Rede, wobei er seine Reparationspolitik und seinen Abrüstungsplan verteidigte. Herriot erklärte u. a., er werde niemals die Sicherheit von der Abrüstung trennen lassen. Frankreich habe vier Jahre lang unter einer Invasion zu leiden gehabt. Habe er nicht das Recht, für sein Land Garantien für die Zukunft zu verlangen? Das hegemonische Frankreich hätte seinerseits den Krieg auf fremdes Gebiet tragen können, aber es habe bei Friedensschluss die Waffen niedergelegt. Habe man das etwa vergessen? Er jedenfalls nicht!



Feder Kornkaffee und Malzkaffee

braucht als Zusatz eine gute Kaffeewürze. Das Getränk wird damit voller, kräftiger und wohlschmeckender. Nehmen Sie die bewährte, ausgiebige Kaffeewürze **Mühlen Franck zu jedem Kaffee!**

Bilder, für die in der K.P.D.- Presse kein Platz ist



Eine Dame der ganz großen Welt?

Nein, nur die Frau des langjährigen russischen Kultusministers A. Lunatscharsky. Vom teuersten und elegantesten Photographen der sogenannten Berliner Gesellschaft geknipst, scheint sie besser in das luxuriöse Nichtstüermilieu großer Riviera-Hotels zu passen, als in das schlichte Heim eines proletarischen Volkskommissars.



Die Sowjet-Gesandtin in der Staatskalesche

In goldenen Galawagen des schwedischen Hofstaates fuhr die Sowjetgesandtin Alexandra Kollontaj am 30. Oktober 1930 in Stockholm vierspännig beim König vor. Die Bolschewistin verzichtete dabei nicht auf zeremonielle, höfische Pracht. Ein kostbarer Chinchillapelz bedeckte ihre Schultern, während die Brillanten auf ihrer Brust funkeltten. In Nichts unterschied sich ihr Auftreten von dem des russischen Gesandten zu Väterchen Zars Zeiten.

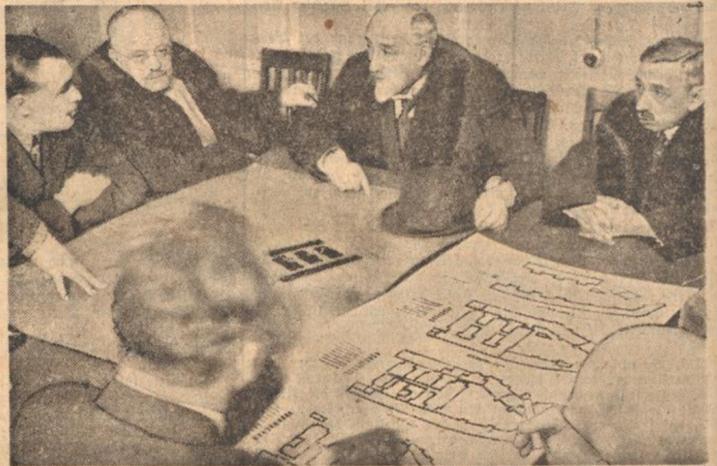
Die kommunistische Presse produziert aus Photos Wahlschlager. Sie zeigt seitenweise Abbildungen sozialdemokratischer Führer als Repräsentanten der von ihnen verwalteten Staatsämter. Als Vorwand für eine billige und beweislose Hetze genügt ihr die Tatsache, Ministerpräsident Otto Braun bei einem offiziellen Empfang im Gespräch mit einem bekannten Bankier zu sehen. Wenn es gegen die verhaßte Sozialdemokratie geht, ist die sonst so stark um die Erhaltung der Reinheit Marxscher Lehren besorgte kommunistische Presse nicht mehr der Meinung, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein der Menschen bestimmt, sondern sie wird idealistisch und behauptet, die „Männer sind es, die Geschichte machen!“ Zwei simple Photos genügen der heiligen Einfalt kommunistischer Bildredakteure, um nachzuweisen, daß unser Carl Severing die ganze deutsche Misere auf dem Gewissen hat.

Seht euch einmal diese Bilder an. Diese Bilder lügen nicht! Was glaubt ihr wohl, wie bemüht die skrupellosen kommunistischen Propagandisten wären, wenn sich mit dem hier Dargestellten das Konto der Sozialdemokratie be-



Auch ein Sowjet-Botschafter muß Smoking und steife Hemdbrust tragen

In einer Reihe mit dem ehemaligen deutschen Außenminister Dr. Curtius sitzt hier der frühere Botschafter der UdSSR. in Berlin, Nicolai Krestinski (mit Brille und Spitzbart) im bourgeoisien Gesellschaftsanzug als Teilnehmer eines Festbanketts.



Deutsche Industrielle und rote Direktoren

Die kapitalistischen Ausbeuter und Schlotbarone verständigen sich im Sitzungszimmer des Moskauer Elektrotrusts mit Sowjetfunktionären über die Durchführung des (inzwischen gescheiterten) Fünfjahresplans und die Aussichten des sozialistischen Aufbaus in einem Lande.



Seht da kommt der König

Seine etwas hochstaplerische, exotische Majestät Aman Ullah von Afghanistan nimmt in der roten Hauptstadt Moskau eine Parade von Sowjettruppen ab. Die proletarischen Söhne der revolutionären Arbeiter- und Bauernarmee müssen wie dumme bürgerliche Rekruten vor einem orientalischen Despoten strammstehen, weil es in die imperialistischen Pläne der Machthaber Sowjet-Rußlands paßt.

lasten ließe. Warum aber werden diese gewiß nicht uninteressanten Photos den kommunistischen Lesern vorenthalten? — Weil die Akteure keine Sozialdemokraten, sondern, leider, Kommunisten sind! Infolge der gegenwärtigen politischen Situation sind die Sozialdemokraten der oft so drückend empfundenen offiziellen Repräsentationspflichten ledig. Ist es darum besser geworden in Deutschland? Die verlogene und vor nichts zurückschreckende Hetze der Kommunisten hat die Position der gesamten Arbeiterbewegung im Staat geschwächt und den ohnmächtigen, unfruchtbaren Radikalismus gestärkt.

Wer diesen Zustand ändern, wer die Einheit der Arbeiterklasse, wer demokratische Freiheit, wer Sozialismus will, der wähle am kommenden Sonntag

Liste 2

Aus dem Gerichtssaal

Eine notwendige Gerichtsverhandlung

Am Freitag morgen fand vor dem Amtsgericht Eppingen die Verhandlung über Einsprüche gegen Strafbefehle statt, die gegen Heinrich Schneider, Bretten, Karl Weber, Bretten, Emil Weininger, Eppingen, Wendelin Schleier, Eppingen je 3 Monate Gefängnis, und gegen Friedrich Schneider, Sulzfeld 14 Tage Gefängnis aussprachen.

Der Anklage lag folgendes zu Grunde: In Sulzfeld fand ein Gartenfest der Arbeiter-Radfahrer statt, zu dem auch Sportgenossen aus Bretten und Eppingen erschienen waren. Am gleichen Tage fand in Bretten ein ZM-Treffen statt. Diese ZM-Treffen veranstalteten auf der Rückkehr von Bretten in Sulzfeld einen nichtgenehmigten Umzug. Zweimal zog man provozierend an der Gartenwirtschaft, in der sich die Arbeiter-Radfahrer befanden, vorbei. Verschiedene Nazis, darunter der berüchtigte Adolf Daub aus Gartenhausen leiteten ihr Rad vor die Gartenwirtschaft, um Luft aufzupumpen. Von verschiedenen Teilnehmern des Gartenfestes wurden sie aufgefordert fortzugehen, damit keine Schlägerei entstehe. Das taten sie nicht, der Daub erhob seine Luftpumpe zum Schlag, von dem Angeklagten Heinrich Schneider wurde sie abgefaßt und dem Daub entziffen und damit ein Schlag verabreicht. Sofort entstand eine kleine Keilerei, die Nazis führten die Gartenwirtschaft, die, weil gerade ein Radballspiel im Saal stattfand,

schlecht besetzt war. Die wenigen Anwesenden setzten sich zur Wehr und vertrieben die Nazis aus dem Lokal, um dann einen Strafbefehl von 3 Monaten zu erhalten. Ja, sogar ein Radfahrer war angeklagt, der zur Zeit der Schlägerei sich im Saal befand.

Vor Eintritt der Verhandlung ermahnte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Großmann-Bretten, die Zeugen, insbesondere die Mitglieder der NSDAP, sich streng an die Wahrheit zu halten. Man könne nicht wissen, ob die Angeklagten und die Nazis seien durch ihren nicht genehmigten Umzug die eigentlichen Urheber der Schlägerei, die Angeklagten besanden sich in Wöhrsch. Auch der Staatsanwalt sah in den Nazis die eigentlichen Urheber der ganzen Sache.

Der Verteidiger der fünf Angeklagten, Genosse Rechtsanwalt Beit-Racke, trat für Freisprechung der Angeklagten ein, evtl. nur einer könnte eine kleine Strafe erhalten. Die Nazis seien durch ihren nicht genehmigten Umzug die eigentlichen Urheber der Schlägerei, die Angeklagten besanden sich in Wöhrsch. Auch der Staatsanwalt sah in den Nazis die eigentlichen Urheber der ganzen Sache.

Das Gericht, Dr. Großmann-Bretten, sprach gegen Heinrich Schneider-Bretten anstelle des Strafbefehls von 3 Monaten eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen aus. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Amtsgerichtsrat Dr. Großmann-Bretten führte in der Urteilsbegründung aus, daß es eine Unannehmlichkeit sei, daß jemand glaube, das Dritte Reich könne durch eine Schlägerei herbeigeführt oder aufgehoben werden. Die Angeklagten seien zum größten Teil freizusprechen gewesen, weil sie sich nur ihrer Haut gewehrt hätten.

Damit sind die Strafbefehle, die noch von Amtsgerichtsrat Dr. Weber erlassen wurden, aufgehoben. Die Verhängung solcher ungerechter Strafbefehle hatte im hinteren Kraidgau berechtigten Unwillen hervorgerufen. In Sulzfeld fand sogar eine Protestkundgebung statt. Das heutige Urteil wird sicher in allen beteiligten Kreisen mit Begegnung aufgenommen werden. Die Justiz hat ihr Ansehen in dieser Sache wieder gerettet.

Wie man hört, findet in nächster Zeit eine Gerichtsverhandlung gegen die Teilnehmer an dem nichtgenehmigten Umzug statt.

Sittlichkeitsverbrecher

Die große Strafkammer Karlsruhe verurteilte gestern den erst 20jährigen Schneider St. S. aus Gernsbach wegen eines Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176 Absatz 3 zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 6 Monate.

Wegen schwerer Kuppelerei verurteilt

Der 29jährige Hilfsarbeiter Eugen S. aus Durlach hatte sich wegen Zuhilfenahme und schwerer Kuppelerei vor der Karlsruher Strafkammer zu verantworten. Das Urteil lautete gegen ihn wegen schwerer Kuppelerei auf 6 Monate Gefängnis.

Preiswert
zweimal
unterstrichen



Nächsten Sonntag sollen Sie im Stern-Winter spazieren gehen

Mantel-Woche
nur noch bis 7. November

Die meisten Menschen sind knapp bei Kasse und müssen deshalb versuchen, für wenig Geld möglichst viel zu erhalten. Besser als in unserer Mantel-Woche können Sie Ihr Geld nicht anlegen, denn eine gleiche Gelegenheit bietet sich so schnell nicht wieder.

4 Preisgruppen:
I II III IV
25. 35. 45. 65.

Stern & Co.
Das große Spezialhaus
Karlsruhe, am Marktplatz

Mieter- u. Bauverein
Karlsruhe, o. m. b. H.
Wir haben auf 1. Dezember d. J. zu vermiethen: 60/2 Gerbinsdstr. Nr. 1, 111 St. Zweis. Zimmerwohnung mit Küche und sonstigem Zubehör. Besondere von Mitgliedern bis längstens Montag, den 7. d. Mts. im Büro Eppingen Str. 3 erfolgen. Die Versteigerung findet am Dienstag, den 8. d. Mts. abends 1/7 Uhr. absteht statt.
Karlsruhe, 2. Nov. 1932.
Der Vorstand.

K schleiferer
R
A
T
Waldstr. 41 Z

25 Mark
Anfertigungspreis für einen Anzug 20.6 für d. Saleto unter Garantie für tadellosem Sitz bei Schneidern. Schmitt, Hagelsfeld, Schulstr. 49

Bei Rheumatismus!
Sicht, Reisen ist Dr. Eulieb's australisches Eucalyptusöl unentbehrlich.
Drogerie GUGGER, Rheinstr. 57

Rüchen
von 79.4, Käse 58.4
Führer Jägerstr. hinter Gelsen Krog

Bereit neuer Klappstühle für 7 Mk. abzugeben. Adresse zu erfr. u. M 2012 i. Volkstr.

über 100 gut erhaltene
Maß-Anzüge
Mäntel, Überz.
o. 10 Mk. an in all. Gr. u. Farben, von Ober- u. Unterwäsche, Hosen, Socken, in neuem, sowie Gegenstandspapier, neuer, in Qualität.
Anzüge u. Mäntel
kaufen billig.
Zähringerstr. 53a, II

Ämtliche Bekanntmachungen
Reichstagswahl 1932
Auf Grund des § 29 Vol. St. G. B. wird für den Wahltag (6. November 1932) folgendes für die Städte Karlsruhe und Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe angeordnet:

1.
Vor den Wahlgebäuden und auf den Zugängen zu den Wahlräumen dürfen Flugblätter nicht verteilt werden.
Ansammlungen von Personen sind vor den Wahlräumen nicht zulässig; von jeder Partei darf nur je ein Wahlleiter vor dem Wahlgebäude aufgestellt werden.
Die Wahlleiter dürfen an oder an öffentlichen Straßen und Plätzen nicht durch Bildwerke, Lautsprecher, Anschlag oder Ausdrang bekanntgegeben werden. 1244

2.
In der Stadt Karlsruhe ist die Verbreitung von Propagandamaterial jeder Art auf den Hauptplätzen (einmündlich des Platzes vor der Hauptkirche) und auf dem Marktplatz allgemein untersagt.

3.
Zusammenhandlungen gegen diese Anordnung werden, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, mit Haft bis zu 6 Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. bestraft.
Karlsruhe, den 2. November 1932.
Städtisches Polizeipräsidium.

Freitag und Samstag zu Knopf

Kragen und Krawatte

die Visitenkarte des Herrn!
Wir bieten Ihnen hier erstkl. Qualität zu billigst. Preisen!

Mod. Umlegekragen 50/7
Bielefelder Fabrikat, tadelloser Sitz. Stück

Mod. Umlegekragen 60/7
Irish Leinen, 4fach. Stück

Mod. Umlegekragen 80/7
Marke Dornbusch, hochwertig, Bielefelder Erzeugnis.

Mod. Umlegekragen 80/7
Marke Dornbusch, halbst. l. Einzelpackg. St.

Selbstbinder 1.25
reine Seide, ungl. viele Farben. Stück

Moderne Selbstbinder 1.65
Wolle m. Kunstseide, kalterf., ap. Dessins St.

Fertige Krawatten 1.95
mit Band u. Schild, schöne solide Muster, Stück

Selbstbinder reine Seide, 2.45
eleg. Neuheiten in Streifen und Mustern, Stück

Bitte beachten Sie unser Spezialfenster auf der Kaiserstraße. — Verkauf direkt am Haupteingang.

Notiz: Zur Eröffnung unserer Spielwaren-Ausstellung!
Wir zeigen das schönste Schaustück, das je ein Kinderherz erfreute!
„Indigo Olanntinne“ in 17 Bildern (beweglich)
jeweils um 1/11 bis 1 und 3 bis 7 Uhr. Fahrstuhl Nr. 3 fährt direkt zur Ausstellung.
Kindergärten und Schulen bitten wir, sich vorher anzumelden!

KNOPF

Entwendung eines Briefkastens.
Der von uns an der Gutenbergstraße, 10. G. Heide- und Kellertstraße, im 2. Stock, von roten Eisenblechen angebrachte Briefkasten ist abgehoben und entwendet worden.
Wir bitten diejenigen unserer Büro- und Kontofreunde, welche am 31. Oktober oder am 1. November d. J. Anweisungen in diesen Kästen eingeworfen haben, dies unserer Büroabteilung umgehend mitzuteilen.
Ein Ersatzbriefkasten ist bereits angebracht worden.
Karlsruhe, den 2. November 1932.
Stadt. Sparkasse.

Karlsruher Marktvielmehr.
Jeden Montag (bei Feiertagen am Dienstag) Hauptmarkt für Grobvieh, Schweine und Kleinvieh. Große Zulassungserlaubnis für Eigene Bahnabfertigungsfälle.
Stadt. Schlacht- und Viehhofamt

Karlsruher Neugemeinschaft
2. Spendenliste. — 2. November 1932.
Weinbändler Adreht 5 Mk., Architekt Barta 5 Mk., R. B. 5 Mk., Hotelier Veitend 10 Mk., Brauer Wive 5 Mk., Reg.aurat Dreiß 5 Mk., Ober-Jug. Chovanetz 20 Mk., Dr. Clement Waren im Werte von 1200 Mk., Ged. Rat Dr. Sten 10 Mk., Landgerichtspräsident Dr. Zoller 20 Mk., Verm. Rat Oseri 25 Mk., Ober-Reg. Rat Gemele 10 Mk., R. G. 5 Mk., Min. Direktor Dr. Necht 60 Mk., Oberbürgermeister Dr. Ritter 200 Mk., Oberleutnant a. D. von Friedberg 5 Mk., Rechtsanwält Dr. Friedberg 20 Mk., Studienrat Pfeiffer 5 Mk., Kapellmeister a. D. Versteck 5 Mk., Gasser Wive 3 Mk., Verm. Oberkassierin Gartner 5 Mk., Dr. F. 25 Mk., Frohmüller 5 Mk., Kaufmann Gleich 5 Mk., Reg. Rat Goldschmid 5 Mk., Ober-Reg. Bau-

rat Greiff 25 Mk., Major a. D. Güte 3 Mk., Generalstaatsanwalt Dr. Damer 20 Mk., St. J. 5 Mk., Generalstabschef Himmelsberg 5 Mk., Jng. Hofmann 10 Mk., Ober-Reg. Rat Prof. Dr. Hofmann 10 Mk., O. J. 10 Mk., R. A. 5 Mk., Kassenabteilung Pfister 5 Mk., Ober-Landgerichtsrat Dr. Richter 50 Mk., Reg. Ober-Reg. Rat Dr. Richter 60 Mk., Buchhaltung Kraus 100 Mk., Major a. D. Rethmann 20 Mk., Frauenarzt Dr. Rutz 15 Mk., Rutz 10 Mk., Ober-Reg. Rat Dr. Rutz 5 Mk., Ober-Reg. Rat Dr. R. C. 20 Mk., Holzagentur Lindenberg 10 Mk., Architekt Eingehender 5 Mk., Ober-Reg. Rat Dr. Wagner 5 Mk., Ober-Landesgerichtsrat Wader 25 Mk., Landgerichtsrat Wornhinweg 30 Mk., Waldbrücker G. F. Müller 375 Mk., Barrer Müller 5 Mk., Kaufmann Kögeler 5 Mk., W. Notermann 5 Mk., Dr. Rapp 5 Mk., Reichsverband Deutscher Zeitisten 50 Mk., Ober-Reg. Rat Reichsverband 5 Mk., Kammerherrin a. D. Rißhaupt 5 Mk., W. R. 5 Mk., Freiherr von Salmtz 5 Mk., Dr. Schenkel 10 Mk., Oberst a. D. von Schlichting 10 Mk., St. O. 20 Mk., Reichsbahnoberrat Schmitt 20 Mk., Preisvermeister Schneidbach 5 Mk., Architekt Dr. Schulz 20 Mk., Min. C. 5 Mk., Reichs-Rat Schäfer 5 Mk., Oberleutnant Schäfer 5 Mk., Reichsbahnoberrat Schmalzer 5 Mk., Geschwiffen Vieh 5 Mk., Hauptleutnant Strider 10 Mk., Freiherr v. Zeuffel 5 Mk., Prof. Wie 5 Mk., Rechtsanwalt Weit 25 Mk., R. A. 10 Mk., Oberlandesgerichtsrat Vogel 10 Mk., Stadtpfarrer Wader 20 Mk., Barrer L. R. Weber 5 Mk., Architekt Weidmeyer 20 Mk.

Allen Spendern sei auch an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen. 1240

Gaggenauer Anzeigen
Angebot von Kleingärten. 1240
Die von Tag zu Tag sich steigende Not der Arbeitslosen fordert die Durchführung wirksamer und dauernder Hilfsmaßnahmen.

Lebensmittel

Im Fahrstuhl auf unseren „Markt“. Bequemer kann man es nicht haben. Billiger erst recht nicht!

Frisch von der See

Kablau	Pfund 16
Schellfische	Pfund 16
Kablau Filet	Pfund 28
Lebende Schleiern und Karpfen	Pfund 95
Kasseler Rippenspeier Pfd.	98
Dörrfleisch ohne Rippen Pfd.	98
Warme Schweinsfleisch	Pfund 80
Gesalz. Kleinfleisch	Pfund 30
Landleberwurst 1/4 Pfd.	30 u. 25
Kraukauer	Pfund 68
Weintrauben	Pfund 15
Kastanien	Pfund 15
Äpfel	Pfund 15
Schwarzweizen	Pfund 80
Wirsingkraut	Pfund 8
Schweizerkäse	Pfund 88
Vollk. Cmmernbert 6tlg. Kart.	65
Romador	Stück 24
Suppenhühner	Pfund 75
Masthühner	Pfund 85
Jg. Hahnen	Pfund 1.25
Jg. Gänse	Pfund 1.10
Haselnußkerne	Pfund 70
Mandeln	Pfund 1.05
Sultaninen	Pfund 55
Eiernudeln	Pfund 35
Weizenmehl (Kristall)	Pfd. 88
Nußschmalz	Pfund 28
Feinste Oldenburger Markenbutter 1/4 Pfd. Stück	70
Margarine	Pfund 27

Besonders billig
Gute Plockwurst 98
in ganzen Stücken Pfund

Es müssen daher Gartenanlagen geschaffen werden, die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten bieten. Die Gewinnung des Landes durch Ausnutzung eines Teiles des Schuttwaldes ist vom Bürgerausschuß abgelehnt, mit der Begründung, daß genügend anderes Gelände, insbesondere von privater Seite, hierfür vorhanden ist. Auf die Bekanntmachung vom 29. Oktober d. J. ist nur eine Anmeldung eingegangen, in der 21. ungenutztes Gelände angeboten wurde. Ich bitte deshalb die Einwohner hinsichtlich und dringend, Pachtländer oder Landbesitzer anbieten zu wollen. Ein Anlauf von Gelände wird erfolgen können, da keine Mittel hierfür vorhanden sind und auch keine zur Verfügung gestellt werden können. Trotzdem möchte das verkauft werden will. In Frage kommt nur Gelände, das nicht zu weit außerhalb des Ortsbereiches liegt und mit einer Wasserzufuhr versehen werden kann. In erster Linie wird es sich um Grundbesitz handeln im Draißbachtal, in einem gewissen Umfange um den Müntzsaader herum und um Gelände in den Gärten angeschlossen, das dort vorhandene habelagere Gelände. Für die Pachtung kommt eine Pachtdauer von 10 Jahren in Frage, weil nur unter der Bedingung Mittel für die Einrichtung zur Verfügung gestellt werden, wenn die Pachtdauer mindestens 10 Jahre geht, was gegenwärtig ist. Das die Pachtverträge für Grundbesitzer als Pachtverträge bestehen sollen.

Indem ich nochmals dringend bitte, die Anmeldungen sofort machen zu wollen, mögen diese bis spätestens Montag, den 7. d. Mts. eingereicht werden, damit in der aufgestellten Frage zur Tat geführten werden kann.
Gaggenau, den 3. November 1932.
Der Bürgermeister
Schneider.